

Rezensionen

Geisel, Christof: Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren. Berlin: Ch. Links Verlag 2005, 330 Seiten, 24,90 Euro.

Wenn ein Autor schon in der Einleitung einräumt, daß einige Personen, denen er zu Dank verpflichtet ist, sich durch sein Werk persönlich attackiert sehen könnten, hebt dies die Spannung des Lesers. Ist dieser darüber hinaus mit den divergierenden Interpretationen der DDR-Opposition von Christian Joppke, Ehrhart Neubert oder Detlef Pollack vertraut, wird er Geisels Buch auch mit einigem Gewinn lesen. Der Autor bemüht sich, die gängigen Interpretationsschemata der DDR-Opposition zwischen totalem Infragestellen durch Joppke und affirmativer Binnensicht Neuberts um einen eigenen Zugriff zu ergänzen. Seine Methode ist einfach. Er liest eine überschaubare Auswahl der Werke zur DDR-Opposition gründlich, führt Gespräche und verschickt 350 Fragebögen an ehemalige Oppositionelle, von denen 142 beantwortet und durch ihn ausgewertet wurden.

Dabei war er bemüht, ein möglichst breites Spektrum ehemaliger Oppositioneller zu berücksichtigen, ohne diese namentlich zu nennen. Generell sieht Geisel zwei Gruppen von Oppositionellen: die, welche nach 1989 das Bild der DDR-Opposition in der Öffentlichkeit prägten und als deren Historiker er unter der Hand Ehrhart Neubert sieht. Die zweite Gruppe war weniger von den Akteuren der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ dominiert. Sie scharte sich eher um die Umweltbibliothek oder den *Friedrichsfelder Feuermelder* und meldete sich vor Jahren mit dem von Gehrke/Rüddenklau herausgegebenen Buch *Das war doch nicht unsere Alternative* zu Wort. Ihnen zeigt sich Geisel

verwandter, ohne dies zu betonen. Beide Gruppen sieht er außerdem durch einen Generationenkonflikt getrennt, den er aber nicht tiefer analysiert. Tief steigt er hingegen in das Verhältnis der DDR-Opposition zu bestimmten Themen oder Haltungen ein. Aus dieser Verhältnisanalyse ist er bemüht, ein Selbstverständnis der Opposition abzuleiten. Geisel sieht, daß die späte DDR-Opposition keinen Rudolf Bahro hervorbrachte, aber auch niemanden, der Bahros systematische Annahmen hinter sich ließ. Wohl kennt er aber einige, die sich Bahros Rolle anmaßen. Dies führte zwangsläufig dazu, daß die DDR-Opposition „Sozialismus-affin“ blieb – ein gängiger Vorwurf, der vor allem benutzt wird, um eine Differenz zwischen der DDR-Opposition und den Widerstandsbewegungen in den mittelosteuropäischen Ländern zu setzen. Geisel fügt dem keine neuen Erkenntnisse hinzu und übernimmt die gängigen, vor allem durch Joppke eingeführten Annahmen in dieser Sache, ohne sich ihnen voll anzuschließen. Geisel schließt sich vor allem nicht der Meinung an, daß die Ausreiser die einzigen konsequenten Oppositionellen waren. Vielmehr breitet er den Konflikt zwischen Gruppen und Antragstellern aus und leitet die Diskussion dieses Gegenstands geschickt zu der Frage über, ob die DDR-Opposition der letzte Hort des DDR-Patriotismus war.

Eine etwas zu kurz geratene Darstellung und Kritik des Verhältnisses der DDR-Bürgerrechtler zu den Westmedien mündet wieder bei Joppke, der im Fehlen eines „civic-nationalism“ den Hauptgrund für die „revisionistische Sonderrolle“ der DDR-Opposition im Rahmen der osteuropäischen Bürgerrechtler sieht. Geisel lehnt dies ab und sieht anders als Joppke und Jander, daß der trotzig DDR-Patriotismus der Disidenz nicht auf grundsätzlicher Akzeptanz der SED beruhte. Er speiste sich vielmehr aus antikapitalistischen Vorbe-

halten, die noch den Runden Tisch prägten.

Hier, beim Thema Postmaterialismus, holt Geisel weit aus. Mit Timothy Garton Ashs Bonmot, „Die Versandhauskataloge westlicher Warenhäuser fügten dem Staat mehr Schaden zu als alle eingeschmuggelten Kopien von Bahro oder Solschenizyn“, kommt der Autor schnell zum Punkt. Er sieht den Kontrast des volkspädagogischen Sendungsbewußtseins vieler Oppositioneller mit dem von Ash konstatierten Fakt. Noch auf dem Seminar „Konkret für den Frieden VI“ im Jahr 1988 in Cottbus waren Hans-Jochen Tschiche und andere mittels eines Konsenspapiers bemüht, die Gruppen auf den „Abbau der konsumorientierten Ziele der sozialistischen Gesellschaft“ bzw. die „Abkehr von der konsumorientierten Lebensform“ einzuschwören.

Daß dieses Papier in dem Cottbuser Plenum aber scheiterte, unterschlägt Geisel und verzerrt damit ein wenig den Blick auf das von ihm so gesehene Dilemma in der Wendezeit. Dort folgten den Oppositionellen die gerufenen Massen zwar auf die Straße und gingen dann im Westen einkaufen – aber nicht „in sich“. Wenig zutreffend beschreibt Geisel, daß es charakteristisch für die DDR-Postmaterialisten war (wie früher für die West-Grünen), ökonomischen Fragen aus dem Weg zu gehen. Hier übersieht er, daß weite Teile der DDR-Opposition sich sehr wohl mit ökonomischen Fragen beschäftigten. Nicht in Form der Systemfrage, sondern verpackt in 2/3-Welt-Debatten oder INKOTA-Foren.

Viel Mühe und Akribie verwendet Geisel auf die in sich verschlungene Debatte um Totalitarismus und das MfS. Die Totalitarismusthese lehnt Geisel weitgehend ab und sieht auch das MfS in den letzten Jahren der DDR nicht mehr in der von Sandra Pingel-Schliemann beschriebenen durchgreifenden Allgegenwart. Diese Passage ist äußerst lesens-

wert. Das wirft wieder einmal die Frage auf: Was war die DDR-Opposition eigentlich? Geisel führt hier nicht die gern gepflegte Debatte um Widerstand, Resistenz etc. fort. Er verweist eher auf den Ansatz von Torsten Moritz, der Opposition schlicht in jenen Gruppen und Personen sieht, die sich außerhalb der Nationalen Front der DDR politisch organisierten und ihren Dissens öffentlich kundtaten.

Was aber war die DDR-Opposition in ihrem Selbstverständnis? Laut Geisel zuerst „Sozialismus-affin“. Andere originelle oder neue Antworten gibt Geisel nicht. Das mag an den Quellen liegen. Ein wenig verschiebt Geisel die Beantwortung dieser Frage in die von ihm kommentierte Auswertung seiner Fragebögen. Diese ist tatsächlich aufschlußreich – anonymisiert aber nur bedingt gebrauchsfähig, und sie ist vor allem erst ein Jahrzehnt nach der Wende erfolgt. Überhaupt mangelt es der Arbeit ein wenig an der Auswertung von Primärquellen wie Akten des MfS etc. So übersieht der Autor wegen des Fehlens einschlägiger Literatur die starken Bemühungen der Opposition, mittels Vernetzung eine Zivilgesellschaft zu formieren. Vielmehr argumentiert er ohne allzu gute Gründe gegen Karsten Timmer, der diesen Ansatz verfolgt. Ebenfalls ohne Erwähnung bleibt eine Würdigung des „Widerstands durch Mitmachen“. Die (oft nur versuchte) kritische Teilnahme an FDJ-Aktionen, Wahlauszählungen etc. war in ihrer Masse ein emanzipatorischer, flächendeckender und auch ein (im kleinen) zivilgesellschaftlicher Akt.

Geisel führt sich selbst zu oft in Widersprüche, um ein abschließendes Buch zum politischen Selbstverständnis der DDR-Opposition verfaßt zu haben. Der Gegenstand widersetzt sich solchem Bemühen, zugegeben, hartnäckig. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg, den sein Buch einschlägt und dem hoffentlich

noch einige folgen, ist ihm aber gelungen. Eventuell auch begünstigt durch den Umstand, daß er selbst keiner persönlichen Rechtfertigung in dieser Sache bedarf.

Christoph Wunnicke

Heiduczek, Werner: Die Schatten meiner Toten. Eine Autobiographie. Leipzig: Verlag Faber & Faber 2005, 408 Seiten, geb., 24 Euro.

Elmar Faber, einst Verlagsleiter des Aufbau Verlags und der Edition Leipzig, ist mit seinem eigenen Verlag Faber & Faber inzwischen so etwas wie der Nachlaßverwalter der DDR-Literatur: Bei ihm erscheint nicht nur eine „DDR-Bibliothek“ mit inzwischen fast vierzig Bänden, sondern auch die Memoiren ihrer Autoren und Wegbegleiter aus Kunst und Politik. Werner Mittenzwei, Willi Sitte und Manfred Wekwerth zählen dazu, und selbst Kurt Hager, ihr oberster Lenker und einer ihrer ärgsten Zensoren.

Allerdings leistet sich der Verlag auch die Publikation von Erinnerungen, die unter Hagers Regie nie hätten erscheinen können, wie jetzt *Die Schatten meiner Toten* von Werner Heiduczek. Obwohl eine barmherzige Regel verlangt, Verstorbenen nichts Böses nachzusagen, erinnert sich Heiduczek nur zu gut an Auftritte des lebenden Hager wie diesen: „Zu Beginn des VI. Schriftstellerkongresses wurde ich ins Präsidium gewählt. Trotz vieler Vorbehalte, die ich gegenüber der Kulturpolitik in der DDR hatte, fühlte ich mich geschmeichelt. Honecker saß vor mir, und ich sah mir über Stunden hin seine weichen Hände an. In einer Pause riß Kurt Hager auf dem Gang Zoten. Ich staunte, daß so hochgestellte Männer derartig primitiv sein können, wenn eine gutaussehende junge Frau neben ihnen steht. Ich war

immer noch ein rechter Parzival aus der Provinz.“

Zum Glück, möchte man sagen, denn in dieser Rolle hat Heiduczek schon zu Zeiten der real noch existierenden DDR Wahrheiten ausgesprochen, die keiner der „hochgestellten Männer“ hören wollte. Die ärgste Tabuverletzung war sein Roman *Tod am Meer*, über den sich der sowjetische Botschafter Abrassimow bei Honecker beschwerte, weil er am Beispiel der marodierenden russischen Befreier 1945 – mit Heiduczeks eigenen Worten – „auch nur ansatzweise darzustellen versuchte, was der Krieg aus Menschen macht“. Heiduczek dokumentiert, daß die kulturpolitischen Hardliner der SED mit Honeckers Zustimmung – die Briefkopie zeigt seine Paraphe – ihn zuvor selbst bei Abrassimow denunziert hatten, er habe die Sowjets „in der Regel als ungehobelte Grobiane, als brutale Leute und Ignoranten dargestellt“. Und noch schlimmer: „Heiduczek schreibt verächtlich von den Funktionären der SED (Kant), das sind aus seiner Sicht schlechterzogene, bornierte und ungebildete Leute“. Das waren sie tatsächlich: Als Heiduczek wenig später Hermann Kants Stellvertreter Gerhard Holtz-Baumert auf einem Buch-Basar in Rostock traf und eines seiner anderen Bücher signierte, zischte der ihm zu: „Solche Bücher mußt du schreiben, nicht so einen Scheiß *Tod am Meer*.“

Heiduczek hat nicht erst bis zu seinen Memoiren gewartet, um unbequeme Wahrheiten nachträglich auszusprechen. *Tod am Meer* mit seinem Motto von Montaigne („Dies ist ein aufrichtiges Buch, Leser. Ich habe darin keine Achtung auf Deinen Nutzen noch auf meinen Ruhm genommen“) ist immerhin in der DDR gedruckt worden. Ein Essay, in dem er von seiner oberschlesischen Heimatstadt Hindenburg – heute Zabrze – erzählt, konnte hingegen erst nach 1989 erscheinen, weil schon deren Name in der DDR unnennbar war. Politisch

war Werner Heiduczek – 1946 über die SPD zur SED gelangt – ein kritischer, aber loyaler DDR-Bürger, der es vorzog, „hier auf Veröffentlichung seiner Manuskripte zu drängen und zu warten, als sich einem literarischen Diktat westlicher Medien auszusetzen“. Aber „politisch korrekt“ zu schreiben, war ihm schon konstitutionell unmöglich: Er war nun einmal kein „Umsiedler“, wie das in der DDR beschönigend hieß, sondern ein aus seiner Heimat vertriebener Oberschlesier mit allen Widersprüchen, die er dem Land und seinen Leuten selber nachsagt: „Ein Gemisch aus Sentimentalität und Jähzorn, Sehnsucht nach Gerechtigkeit und blindwütiger Ungerechtigkeit, kitschiger Marienverehrung und sexuellem Ausleben.“ Das ist der Stoff, aus dem seine Hauptfigur Jablonski in *Tod am Meer* gemacht ist; einen Helden, gar einen positiven Helden, kann man daraus nicht formen.

Für Heiduczek war es demnach purer Populismus, wenn sogar Charles de Gaulle bei einem Staatsbesuch in Polen behauptete: „Zabrze ist die polnischste aller polnischen Städte.“ Er selbst wisse es besser, „weil ich in Zabrze, das einmal Hindenburg hieß, geboren bin [...] So schreibe ich an den Anfang meiner Erinnerungen ohne jede Koketterie: ‚Ich bin ein Wasserpolacke‘“. Das zwanzigste Jahrhundert bleibt für ihn „nicht nur das Jahrhundert der Atombombe, der Gentechnik und des Ozonlochs, es ist auch das Jahrhundert zweier Weltkriege und der Vertreibungen“.

Heiduczek erspart sich nichts, und er erspart auch anderen nichts. Daß er sich auf dem Bitterfelder Weg als Jungautor andiente, um dem ungeliebten Lehrerberuf zu entfliehen, findet er heute „beschämend“. Daß Dietmar Keller – einst SED-Kultursekretär in Leipzig, dann Staatssekretär, dann Kulturminister in der Regierung Modrow – 1980 den Druck seiner Novelle *Die Verfehlung* verhindern half, um sich dann 1991 auf

alte Freundschaft zu berufen, findet er wenig freundschaftlich: „Wenn Freundschaft“, habe er ihm geantwortet, „dann hättest Du mich wissen lassen müssen, was Du über mich an Hager oder Schumann oder wen auch immer berichtetest.“ Da hatte er Kellers Berichte an das ZK über ihre privaten Gespräche in Erich Loests Stasi-Akte wiedergefunden. Ihn selbst hat die Staatssicherheit in einem OV „Schreiber“ bearbeitet.

Die Grenzen seiner eigenen Loyalität zur SED waren schon 1976 erreicht, als er zunächst auf einen öffentlichen Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns verzichtete, dann aber im Schriftstellerverband eine Akklamation dafür verweigerte. „Was folgte, war eine Hexenjagd. In der nächsten Parteiversammlung wurde H. vorgehalten, er hätte gegen einen Parteileitungsbeschluß verstoßen und andere Mitglieder negativ beeinflusst. Diesen Vorwürfen hielt H. entgegen, daß für ihn die Mitgliederversammlung das höchste Organ sei und nicht die Parteileitung.“ Eine Todsünde wider die Parteidisziplin.

Für die Interna von Kulturpolitik, Schriftstellerverband und Parteiintrigen ist sein Buch eine klare, das heißt von Selbstreinigungs- und Reinwaschungsversuchen ungetrübte Quelle. Es nur als solche zu lesen, würde seiner literarischen und menschlichen Qualität aber bei weitem nicht gerecht. Deshalb ist auch das letzte, ganz persönliche Kapitel „Szenen meiner Ehe“, das mit dem Tod seiner Frau endet, keine allzu private Zugabe, sondern schließt den Kreis dieser grundehrlichen Autobiographie: „Eine Sudetendeutsche und ein Oberschlesier, das ist wie Feuer und Wasser. Aber in Firdausis *Königsbuch*, das wir gemeinsam herausbrachten, steht der Satz: *Am Abend nimmt das Wasser die Sonne in sich auf, und am Morgen gibt es den Feuerball wieder her.* Als ich im Mai 1981 nach längerer Krankheit meiner Frau mit ihr durch die liebliche Land-

der Familie“ während der Kindheit ein wesentliches Fundament für die eigene spätere Haltung bildete. In der „kleinen geborgenen Welt“ der religiösen Familie und Gemeinde, so die These der Autorin, konnten christliche Werte gedeihen.

Welche Bedeutung diese Werte schließlich für die eigene Konfliktbewältigung hatten, untersucht die Autorin im zweiten Kapitel „Begegnungen mit dem Sozialismus in der Jugend“ sowie im dritten Kapitel „Begegnungen mit dem Sozialismus im Erwachsenenalter“. Das zweite Kapitel beschreibt, daß „christliche Kinder in einer ansonsten kaum christlich geprägten Klasse bei den Lehrern keinen leichten Stand hatten“. Die befragten Frauen berichten von Sanktionen der Lehrer, wenn „christliche Mädchen sich auch noch zutrauten, abweichende Meinungen“ zu vertreten. Nachteile ergaben sich auch aus der „mit dem Christentum begründeten Nichtmitgliedschaft in den Pionierorganisationen oder in der FDJ“. In Einzelfällen blieb freilich auch die „fürsorgliche Verantwortung“ einzelner Lehrer in durchaus positiver Erinnerung. Durch das Engagement dieser Lehrer war es für christliche Mädchen kein unabwendbares Schicksal, in den sozialistischen Schulen gegen die soziale Isolation ankämpfen zu müssen oder in einem beständigen Zwiespalt zwischen schulischen und elterlich-religiösen Ansprüchen zu stehen. Schule war gleichwohl für einen großen Teil der Befragten ein restriktiver Ort, an dem die politische Meinung des Elternhauses und die eigene freie Meinung keinen Platz hatten. Rückhalt für die Konfliktbewältigung – ganz gleich ob es dabei um die Nichtmitgliedschaft in der Pionierorganisation oder um die Nichtteilnahme an der Jugendweihe ging – bildete das Elternhaus und die eigenen Schulleistungen. Im Schutz der christlichen Familie und durch herausragende Schulleistungen lernten christliche Mädchen früh, sich zu behaupten, sie lernten

außerdem die Bedeutung von Mut und Zivilcourage kennen.

Christliches Zeugnis und christliche Wertorientierung in der SED-Diktatur waren unter Umständen mit persönlichen Risiken verbunden, häufig auch mit Verzicht auf Berufswünsche. Was das konkret bedeuten konnte, wird im dritten Kapitel untersucht, ebenso wie tragfähig die Fundamente der eigenen Position und das elterliche Krisenmanagement für das Leben im SED-Staat tatsächlich waren. Schwerpunkte des dritten Kapitels liegen auf den beruflichen Entwicklungen christlicher Frauen in der DDR und den Konsequenzen des Bekenntnisses zum Christentum. Es ergaben sich Benachteiligungen für ihre Kinder, Schikanen wegen der Weigerung zur Wahl zu gehen, wegen der Verweigerung des Wehrdienstes durch Söhne und Ehemänner etc. Einer jungen Mutter wurde beispielsweise gedroht, mit ihrem Protestschreiben bringe sie ihren Sohn in der Schule in Schwierigkeiten. Schließlich mußten Mütter befürchten, wegen widerständigen Verhaltens und ihres christlichen Bekenntnisses ihre Kinder an staatliche Kinderheime der DDR zu verlieren. Sonja Ackermann stellt in ihrem Buch zahlreiche Beispiele für solche und ähnliche Vorgänge aus der Sicht von betroffenen Frauen dar.

Logischerweise wäre hier auch die Frage zu stellen, ob sich die gegen Frauen gerichteten Repressionsmaßnahmen von denen, die gegen Männer angewandt wurden, unterscheiden haben. Einschränkungen der Studien- und Berufswahl, frühzeitiges Karriereende, Verlust des Arbeitsplatzes, Berufsverbot oder Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst trafen Frauen wie Männer gleichermaßen. Die Fragestellung nach spezifischen Repressionsmaßnahmen gegen Frauen wurde bislang auch in anderen Untersuchungen über Frauen in der DDR weitgehend ausgeblendet. Die Autorin geht dieser Frage ansatzweise

nach, was den besonderen Erkenntnisgewinn ihrer Untersuchung ausmacht.

Christen in der DDR schöpften aus ihrem Glauben und ihrer Kirchenzugehörigkeit die Kraft, sich mit dem scheinbar übermächtigen Staat auseinanderzusetzen. Das Denken und Handeln von christlichen Frauen in der DDR war, so das Resümee der Untersuchung, in deren Glauben begründet. Eine Anpassung – beispielsweise in Fragen der Kindererziehung – wurde von vielen häufig nur soweit in Kauf genommen, wie es mit ihrem Glauben vereinbar war. Das widerständige Verhalten christlicher Frauen im SED-Staat beruhte auf den durch die eigene christliche Sozialisation gewonnenen Maßstäben. Aus ihnen speiste sich auch das Selbstbewußtsein gegen die Einschüchterungsversuche des Systems. Hinzu kamen der Rückhalt in der christlichen Familie sowie bis zu einem gewissen Maße auch die Schutzräume in kirchlichen Gemeinden. Die von Sonja Ackermann geführten Interviews vergegenwärtigen auf beeindruckende Weise die Vitalität des christlichen Glaubens, der trotz aller Bemühungen des SED-Regimes in den Lebenswelten der DDR überdauern konnte.

Angela Schmole

Schmeitzner, Mike: Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945-1950. Mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004 (Berichte und Studien; 47, Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.), 315 Seiten, 32,90 Euro.

Die Studie von Mike Schmeitzner untersucht den Prozeß des Scheiterns demokratischer Selbstbehauptungsbestrebungen im parteipolitischen Spektrum der SBZ aus einer bisher weitgehend unbe-

kannten Perspektive: Sie beschreibt den Versuch christlich geprägter Jugendpolitiker, in einem Regionalverband der Ost-CDU (Sachsen) eine eigenständige Parteijugendorganisation – die „Junge Union“ (JU) – aufzubauen. Am Fall des größten ostzonalen Landesverbandes geht der Verfasser der Frage nach, wie sich eine organisierte jugendpolitische Arbeit unter den restriktiven Bedingungen der sowjetischen Besatzung und des Organisationsmonopols der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) gestaltete. Die Jugendvertretungen der Christ- und Liberaldemokraten existierten nur bis 1949/50 und waren – so der Verfasser – „in struktureller Hinsicht eines der ersten Opfer der Sowjetisierung der SBZ/DDR und der damit verbundenen Gleichschaltung der ‚bürgerlichen‘ Parteien“.

Schmeitzners Untersuchung stützt sich auf eine reichhaltige Quellenbasis. Der Verfasser – er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden – benutzt neben Quellen aus deutschen und russischen Archiven auch Privatbestände und Nachlässe damaliger Aktivisten und Politiker. Außerdem führte er selbst Interviews mit Beteiligten bzw. ihren Angehörigen. Der historischen Aufarbeitung ist ein autobiographischer Essay von Wolfgang Marcus beigelegt – einem der frühen Protagonisten der sächsischen „Jungen Union“. Marcus hatte die CDU bis Anfang 1946 in den Jugendausschüssen der Stadt Dresden vertreten und mußte als einer der ersten in den Westen flüchten. Ihm gelingt es, die politische Vorstellungswelt seines Kreises zu veranschaulichen und auch – zum Beispiel den durch die Erfahrung der NS-Diktatur verstärkten katholischen „Fundamentalismus“ – kritisch zu reflektieren. Im Anhang des Buches findet sich ein biographischer Index mit Angaben zu den Lebensläufen der Akteure

sowie ein Überblick über das Netzwerk der Jugendreferenten des sächsischen CDU-Landesverbandes auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene, in Fraktion und Landesvorstand.

Der Verfasser würdigt eingangs die biographischen Prägungen der jungen Protagonisten, ihren familiären Hintergrund und die Sozialisation in verschiedenen kirchlichen Gruppierungen und konfessionellen Milieus. Für die um 1920 und später Geborenen gab es kaum Anknüpfungspunkte an politische Strukturen der Weimarer Zeit. Sie entwickelten ihren Demokratiebegriff und ihre politischen Neugestaltungskonzepte auf der Basis ihrer Erfahrungen während des „Dritten Reiches“ – im Umkreis der „Bekennenden Kirche“ in der „verkirchlichten“ Form der Jugendarbeit mit ihrer „biblisch-theologischen Fokussierung“ oder in den verbliebenen bündischen Strukturen der katholischen Jugend. Prägend für die junge Generation wirkten sich auch ihre Erfahrungen in den letzten Kriegsjahren als Luftwaffenhelfer oder Soldat bzw. in der Kriegsgefangenschaft aus. Der interkonfessionelle „Unionsgedanke“ faßte in der Jugend schneller Fuß als in manchen Gründerkreisen der Union; hier wie auch in der Landtagsfraktion waren die im sächsischen Diasporamilieu verankerten Katholiken überrepräsentiert. Die Spielräume für jugendpolitische Aktivitäten im nichtkommunistischen Spektrum der SBZ waren von vornherein begrenzt. Jungen Sozial-, Liberal- und Christdemokraten sowie Jugendlichen beider Konfessionen blieb nichts anderes übrig, als sich an den von der SMAD als alleinige Jugendvertretungen zugelassenen „antifaschistischen Jugendausschüssen“ zu beteiligen. Diese von kommunistischen Kadern dominierten Gruppen bildeten die Basis für die im Frühjahr 1946 gebildete „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ). Die bürgerlichen Parteien durften lediglich „Jugendvertretungen“ als Interessen- und Arbeitsge-

meinschaften der jüngeren Mitgliedschaft bilden, aber keine eigenständigen Parteijugendorganisationen. Das Verhältnis der JU zur FDJ „gestaltete sich äußerst zwiespältig. Es war einerseits durch Kooperation auf verschiedenen Ebenen, andererseits durch Distanz und Ablehnung von Seiten der JU-Vertreter geprägt.“

In der sächsischen CDU war der jugendpolitische Aufbruch zudem durch einen 1947 aufbrechenden Generationskonflikt blockiert. Denn im Gegensatz zur Berliner Führung um Andreas Hermes und Jakob Kaiser brachte die sächsische Parteiführung um Hugo Hickmann ihrem Parteinachwuchs, der lautstark inhaltliche Diskussionen, mehr innerparteiliche Demokratie und Partizipation in den Führungsgremien der Partei forderte, nur wenig Verständnis entgegen. Aus der Sicht der paternalistischen „Alt-Herren-Riege“ war die Nachkriegsjugend – aufgrund der Indoktrination im „Dritten Reich“, aber auch einer antiquierten Erziehungsmoral – „zeitweilig wohl mehr ein Objekt der Umerziehung als der aktiven politischen Gestaltung“.

Im Jahr 1947 umfaßte der „Arbeitskreis Jugend“ in der sächsischen CDU bereits ein Drittel der rund 60 000 Parteimitglieder. Die 16- bis 35jährigen Mitglieder waren jedoch mehrheitlich nicht mehr kirchlich sozialisiert, sondern durch die Erfahrungen der „HJ-Generation“ geprägt, so daß offen von „zwei Lagern“ gesprochen wurde. Um die Neumitglieder für die Demokratie zu gewinnen, mahnten die Jugendvertreter attraktivere Formen der Parteilarbeit an. Die Versammlungen der älteren Generation trügen oft „mehr den Charakter von Bibelstunden“ und stießen junge Leute eher ab. Die CDU-Jugend befand sich zudem in einer Konkurrenz mit der Parteijugend der LDP, die sich als eindeutige Opposition zur SED profilierte und damit große Sympathien bei Jugendlichen und in der Studentenschaft

fand. „Frontmann“ des sächsischen LDP-Jugendreferats war übrigens Wolfgang Mischnick.

Bereits im Wahlkampf 1946, in dem sich die JU stark engagiert hatte, gehörten Einschüchterungen und Verhaftungen zum Alltag. Massive sowjetische Verhaftungsaktionen gegen Jugend- und Studentenvertreter, von denen 1947/48 auch führende Mitglieder aus dem Umkreis der JU betroffen waren, schränkten die noch verbliebenen Handlungsspielräume dramatisch ein. In Sachsen hatte die SMAS „mit bisher nicht gekannter Feindbildrhetorik“ schon Mitte 1947 per Befehl Nr. 0191 kirchliche Jugend- und Frauengruppen aufgelöst, um auch letzte Relikte bisher nicht kontrollierter Strukturen auszuschalten.

Schmeitzner beschreibt die verschärfte Repression und das Ende der Jungen Union 1948/49 im Zuge der forcierten Integration der SBZ in den sowjetischen Machtbereich nach dem Scheitern der Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland im Dezember 1947 (Londoner Außenministerkonferenz). Die Absetzung des CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser im Dezember 1947 bedeutete eine „zweite Enthauptung“ der Ost-CDU. Da sich die JU-Vertreter in der SBZ mit Kaiser solidarisierten, gründete die SMAD 1948 einen neuen Zonenjugendausschuß der CDU. Die Bezeichnung „Junge Union“ wurde in der SBZ verboten und wenig später eine „Unionsjugend“ eingeführt. Vor die Alternative gestellt, die Arbeit einzustellen oder den von der SMAD geschaffenen Ausschuß zumindest formal anzuerkennen, setzte sich in der Ost-CDU die Tendenz zur Weiterarbeit durch. Die Verschiebung der Wahlen auf 1950, die Einführung des Einheitslistenprinzips wie auch die rabiatischen Maßnahmen von SED, SMAD und Staatssicherheit gegen die sächsische CDU-Führung unter Hickmann 1949/50 bewirkten jedoch eine tiefe Zäsur. Nichtanpassungsbereite

Funktionäre aus allen Parteigliederungen wurden jetzt durch „fortschrittliche Kräfte“ ersetzt. Auf dem 5. Parteitag der Ost-CDU im September 1950 – einen Monat vor den „Volkswahlen“ vom 15. Oktober – verkündete CDU-Generalsekretär Gerald Götting die Auflösung aller Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsreferate, da die Vertretung von Sonderinteressen nun Aufgabe der entsprechenden Massenorganisationen sei. Damit war klar, daß selbst für eine politisch gleichgeschaltete Unionsjugend im SED-Staat kein Platz war.

Der „Aderlaß nach Westen“ im ersten Nachkriegsjahrzehnt bewirkte, daß der Ost-CDU fast eine ganze Generation engagierter Nachwuchspolitiker verlorenging. Von den profiliertesten Köpfen der sächsischen JU – meist dezidierte Anhänger Jakob Kaisers und seiner Politik des „Christlichen Sozialismus“ – schaffte freilich kaum einer den Anschluß an die Adenauer-CDU. Um nur drei Beispiele zu nennen: Josef Bock wurde Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse (CDA), des organisierten linken CDU-Flügels. Wilhelm Knabe, der sich bereits 1949 mit ökologischen Fragen befaßt hatte, gehörte in der Bundesrepublik zu den Gründungsvätern und Parlamentariern der „Grünen“. Der Philosophieprofessor Wolfgang Marcus schloß sich als Anhänger der Ostpolitik Willy Brandts 1971 der SPD an. Er kehrte 1990 nach Dresden zurück und war bis 1994 MdL im sächsischen Landtag.

Wer den Prozeß der Gleichschaltung und Anpassung in der Ost-CDU verstehen will, wird dieses Buch mit Gewinn lesen. Immerhin bot die personell ausgezehrte und inhaltlich entleerte Partei im Vereinigungsjahr 1990 noch eine Struktur, die die Kohl-CDU für ihren Wahlerfolg nutzen konnte.

Es wäre zu wünschen, daß ähnlich materialreiche Regionalstudien auch zur Geschichte anderer Parteien erarbeitet wür-

den, solange noch Protagonisten und Zeitzeugen befragt werden können. So fehlen zum Beispiel in der Historiographie zur SPD in der SBZ/DDR politikwissenschaftliche Detailstudien über jene Gruppierungen, die nach der Zwangsvereinigung 1946 in den Untergrund gezwungen wurden (die sogenannten Schumacher-Agenten) sowie über die politische Rolle, die Ex-Sozialdemokraten in der SED gespielt haben.

Ute Schmidt

Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Berlin: Ch. Links Verlag 2005, 332 Seiten, 24,90 Euro.

Wut und Boden – und eine „revolutionäre“ Umwälzung, wie sie im Buche steht. Erst im Lehrbuch der Theorie des Kommunismus, später in den schönfärbischen Geschichtsbüchern über dessen Praxis. Eine Erfolgsgeschichte? Wohl kaum, wie Autor Jens Schöne in seiner nun als Buch vorliegenden Dissertation zeigt. Deswegen hat er dem geschichtspropagandistischen Euphemismus vom „Frühling auf dem Lande“ ein Fragezeichen hintangestellt. Dem sowjetischen Beispiel folgend, einem Land, in dem die sozialistische Umgestaltung, ganz anders als in Deutschland, vor dem Hintergrund überwiegend agrarisch geprägter Strukturen vollzogen wurde, hatte sich die KPD-Führung bereits im Moskauer Exil eingehend der Frage gewidmet, wie im Falle einer Rückkehr mit dem heimatlichen Boden verfahren werden solle. Am Ziel aller Planungen stand nie etwas anderes als die vollständige Kollektivierung.

Die in der Nachkriegszeit erfolgten Enteignungen der Großgrundbesitzer, die Bodenreform – alles nur Vorspiel für die bald folgende fundamentale Wandlung/

Zerstörung jahrhundertlang gewachsener ländlicher Strukturen und Beziehungsgeflechte. Von Stalin selbst erhielt die SED-Führung im Frühjahr 1952 die Erlaubnis zur Kollektivierung. In weniger als einem Jahrzehnt wurde dieser Wandel „mit dem Einsatz aller zur Verfügung stehenden Machtinstrumente“ vollzogen – fern der realen Möglichkeiten und ignorant gegenüber den zum Teil katastrophalen Folgen für die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Lebensmitteln; von den Tausenden menschlichen Tragödien ganz zu schweigen.

Schönes Verdienst ist es, seine Betrachtung der Zwangskollektivierung – im großen und ganzen sowie in detail war sie nichts anderes – eng mit dem Blick auf die Systemkrisen zu verbinden, Fragen nach deren Wechselwirkungen mit der Entwicklung auf dem Lande zu stellen und Antworten darauf zu geben. Genau und konzentriert wird die Kollektivierung in der DDR an ausgewählten Beispielen untersucht. Diese Engführung ist aufgrund der Breite des Untersuchungsgegenstandes sinnvoll, vor allem weil Schöne trotzdem das Große und Ganze im Blick behält.

Zur Einordnung der Kollektivierung in den gesamtgesellschaftlichen Kontext gehören außerdem zwei wesentliche Dinge: die Frage, ob und wie der 17. Juni 1953 das dörfliche Leben spürbar beeinflusst hat, und der Blick darauf, daß die Massenflucht von bäuerlichen Familien, die dem Zwang zur Genossenschaftsbildung folgte, auf die Planungen des Mauerbaus von 1961 nicht zu unterschätzen ist. Jens Schöne hat sich bei alledem der Mühe unterzogen, seine Quellen anhand eines Schnittbildes der gesamten Gesellschaft treffend auszuwählen.

Das reicht von den Beschlüssen der SED-Parteispitze bis hinunter zu den Berichten der Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit. Insbe-

sondere letztere geben ein recht unmittelbares Abbild von dem, was sich in den Dörfern abspielte, wo viele Bauern versuchten, dem Druck zur Kollektivierung die Stirn zu bieten. Denn so wie von einigen Theoretikern gedacht – vorneweg der in Fragen der Landwirtschaft wenig bewanderte Walter Ulbricht –, funktionierte es vorn und hinten nicht. Zwar gab es zahlreiche Initiativen freiwilliger Genossenschaftsgründungen, doch die Masse stand dem Sozialisierungsprozeß ablehnend gegenüber. Ein beispielgebendes Erfolgsmodell wurden die ersten LPG auch nicht. Im Gegenteil. Die neue Wirtschaftsform fuhr Verluste ein und mußte klammheimlich subventioniert werden. Im Gegenzug wurden die Arbeits- und Existenzbedingungen der trotzdem immer noch erfolgreicherer Einzelwirtschaften mit allen Tricks und Kniffen verschlechtert, Kollektivierungsverweigerer kriminalisiert und in Schauprozessen abgeurteilt. Würde erst einmal die neue Wirtschaftsform durchweg etabliert und das zunehmend als feindlich betrachtete „Alte“ beseitigt sein, so die sich manifestierende Paranoia der Herrschenden, dann arbeite sie auch erfolgreich. Eine der vielen Fehlkalkulationen aus dem Reservoir staatskommunistischen Wunschdenkens – mit gravierenden Langzeitfolgen, wie die in vierzig Jahren stets defizitäre und manchmal auch prekäre „Versorgungslage“ der DDR gezeigt hat.

Jens Schöne beschreibt die LPG „Thomas Müntzer“ im ostbrandenburgischen Worin als wohlkalkuliertes Vorreiter- und Vorzeigeprojekt für die erste Phase der Kollektivierung ab dem Frühsommer 1952. Ihr Gründer, Bernhard Grünert, seit 1925 Mitglied der KPD und seit 1954 im ZK der SED, avancierte laut Schöne zu einem „herausragenden Exponenten der DDR-Landwirtschaft“.

Nachzutragen bleibt an dieser Stelle nur das Ende der Geschichte. Grünert lebte

bis zu seinem Tode 1997 am Ort seines Wirkens, in Worin. Grünert mußte noch mitansehen, wie „seine“ LPG von einem Verwalter aus dem Westen „liquidiert“ wurde. Der verfügte über ein fürstliches Gehalt wie über eine Wohnung im Dorf, die extra für ihn angemietet wurde. Dort aber, wie überhaupt im Ort, hielt er sich kaum auf.

Die Abwicklung der sozialistischen Erregenschaften auf dem Lande ließ sich – Ironie der Geschichte – wesentlich einfacher bewerkstelligen als Jahrzehnte zuvor ihre Installierung. „Volksnähe“ – im guten wie im schlechten – war dafür nicht mehr nötig. Vielleicht jedoch eine ähnliche Skrupellosigkeit und Durchsetzungsfähigkeit. Landwirtschaft gibt es in Worin immer noch. Kühe stehen auf der Weide, und der Raps fängt gerade an zu blühen.

Tobias Voigt

Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989. München: Siedler Verlag 2005, 478 Seiten, 24,90 Euro.

Als in den sechziger Jahren die Berliner Mauer gebaut wurde und die ersten Menschen ins Weltall flogen, was war da leichter: die Staatsgrenze der DDR oder die Schwerkraft der Erde zu überwinden? Reinhard Furrer hat beides geschafft, nacheinander. Als Fluchthelfer hat er im Oktober 1964 die erfolgreichste Tunnelflucht von 57 DDR-Bürgern organisiert, im Oktober 1985 flog er als deutscher Astronaut mit einer amerikanischen Raumfähre ins All. Am Tag darauf enthüllte die Illustrierte *Quick* das gut gehütete Geheimnis um seine Vergangenheit, allerdings mit düsteren Andeutungen: Unter der Überschrift „Vom Gully in den Weltraum“ hieß es, der einstige Fluchthelfer habe einer gewaltgeneigten kriminellen Gruppe angehört

und sei an der Erschießung eines DDR-Grenzers beteiligt gewesen.

Furrer – so berichtet Marion Detjen in ihrer Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland – „verzichtete auf eine Gegendarstellung“. Die wäre damals auch weder möglich noch erfolgreich gewesen. Denn die Staatssicherheit der DDR hielt bis zu ihrem Untergang ihre Ermittlungen über den Tod des Unteroffiziers Egon Schultz unter Verschuß. Die Obduktion hatte zweifelsfrei ergeben, daß der Grenzer bei Entdeckung der Flüchtlinge und der folgenden Schießerei mit den Fluchthelfern im Dunklen versehentlich durch den Schuß eines hinter ihm stehenden Kameraden getötet wurde. Wider besseres Wissen behauptete die Propaganda der DDR bis zuletzt, Schultz sei von Furrers Freunden erschossen worden. Die Darstellung der Illustrierten *Quick* beruhte nachweislich auf einer „Lancierung“ aus der Desinformationsabteilung der HV A.

Die Problematik der Fluchthilfe ist damit nicht erschöpft, denn auch der umgekehrte Fall ist leider belegt: Bei einem Fluchthilfeunternehmen auf dem Springer-Gelände an der Berliner Kochstraße erschöß 1962 ein Fluchthelfer den Grenzpolizisten Reinhold Huhn und entzog sich der Verantwortung durch die Behauptung, der Polizist sei durch Schüsse eigener Kameraden getötet worden. Auch er wurde erst 1999 überführt und – übrigens zu einer Bewährungsstrafe – verurteilt, nachdem der bundesdeutschen Justiz die Beweismittel zugänglich waren. Die erste Instanz befand auf Totschlag, der Bundesgerichtshof sogar auf Mord. Auch hier hatte die DDR schon früher Informationen „lanciert“ – unter anderem beim *Berliner Extra-Dienst* –, die in diesem Falle sogar der Wahrheit entsprachen.

Zu dieser Wahrheit gehörte auch, daß die West-Berliner Behörden von den Fluchtunternehmen zumeist unterrichtet waren und bei Gelegenheit sogar Polizei-

bereitstellten, um Schüsse oder Verschleppungsversuche durch DDR-Grenzer am Tunnelausgang in West-Berlin zu verhindern. Erst nach dem – vermeintlich von den Fluchthelfern verursachten – Tod des Unteroffiziers Schultz unterband der Senat weitere Tunnelbauten, nachdem die DDR mit dem Abbruch der 1963 in ihre Endphase eingetretenen Passierscheinverhandlungen gedroht hatte.

Zweifellos waren die Fälle, in denen Fluchthelfer nicht nur das eigene Leben und das ihrer Klienten gefährdeten, sondern selbst zur Schußwaffe griffen, ein „moralischer Ernstfall“ – auch für diejenigen, die Fluchthilfe für moralisch gerechtfertigt oder sogar geboten hielten. Wie stark die Überzeugung der ersten Fluchthelfergruppen von ihrem Handeln unmittelbar nach dem Mauerbau war, erfuhr Marion Detjen aus ihren Befragungen der noch auffindbaren Beteiligten: „In den ersten Jahren wurde der moralische Ernstfall in den meisten Gruppen trotz der Diskussionen noch nicht wirklich wahrgenommen. Daß im Juni 1962 der Grenzpolizist Reinhold Huhn von einem Tunnelgräber erschossen wurde, war in den Fluchthelferkreisen offenbar kein Thema. Die Erzählung des Tunnelgräbers, der Polizist sei ins Kreuzfeuer seiner Kameraden geraten, wurde gerne geglaubt.“

Erst der Tod des Unteroffiziers Schultz – vermeintlich durch die Waffe eines Fluchthelfers – scheint bei dessen Freunden „das Bewußtsein verändert“ zu haben. Einer von ihnen schrieb wenige Tage später an seine Eltern: „Der Tod im Tunnel hat mich nächtelang nicht schlafen lassen, und man hat sich ständig gefragt, war der Erfolg nur um diesen Preis möglich. Eines aber steht für mich fest, solange auf der anderen Seite wild und sinnlos geschossen wird, kann man diesen Tod nicht Mord nennen.“ Bis zu diesem Oktober 1964, sagte ein anderer Fluchthelfer der Autorin, habe

bei den Fluchthelfern Einigkeit bestanden, „daß wir sagten, wenn's darauf ankommt, entweder der oder ich, dann lieber der. Ich glaube aber, keiner hat sich da so richtige Gedanken gemacht [...] Wir hatten so im jugendlichen Überschwang gesagt, das ist übergesetzlicher Notstand, und das ist einfach dann erlaubt.“

So einfach konnten es sich der Senat und die Behörden in West-Berlin nicht machen, weder aus moralischer, rechtlicher noch aus politischer Sicht. Marion Detjen beleuchtet dieses Dilemma mit aufschlußreichen Details aus Politik, Rechtsprechung und der Welt der Geheimdienste. So berichtet sie über einen Kontakt des MfS-Mitarbeiters in West-Berlin und späteren Redakteurs des *Berliner Extra-Dienstes*, Walter Barthel, zu Egon Bahr, dessen Intervention zum Abbruch eines dem MfS bekanntgewordenen Tunnelbaus führte. Nach außen hin jedoch „beharrte der Senat darauf, daß ihm aus den Bestimmungen des Passierscheinabkommens keine Verpflichtung entstehe, gegen Fluchthilfe vorzugehen“. Tatsächlich verschob sich von da an das Aktionsfeld der organisierten Fluchthilfe von Tunneldurchbrüchen auf andere Mittel und Wege wie Visa- und Paßmanipulationen, „Schleusungen“ auf den Transitstrecken und Fluchtrouten über andere osteuropäische Staaten.

Auch Motivation und Herkunft der Fluchthelfer änderte sich, als an die Stelle der ursprünglich meist studentischen Fluchthelfer „professionelle“ und kommerzielle Akteure traten. Das Problem der Professionalisierung und Finanzierung ihrer Aktionen hatten zwar auch schon die politisch und moralisch motivierten studentischen Fluchthelfer, diese konnten aber noch auf verdeckte Zuwendungen politischer Sympathisanten (zum Beispiel Axel Springer) und selbst staatlicher Stellen (Gesamtdeutsches Ministerium) rechnen, bevor auch sie

gezwungen waren, die Flüchtlinge selbst zu beteiligen, und das Feld schließlich anderen überließen, die Fluchthilfe wie eine kommerzielle Dienstleistung anboten und verkauften. Diesen Weg sind nur wenige der ursprünglichen Akteure nach ihrem Studium gegangen, und aus dem Kreis der 68er – oft mit der DDR sympathisierenden – Studenten wuchsen auch kaum mehr politisch und moralisch für die Fluchthilfe motivierte Akteure nach. Ein Fluchthelfer der ersten Generation hat das nach seinem „Ausstieg“ auf den Punkt gebracht: „Denn ich habe immer gesagt: Mensch, Leute, wir verkommen, wir können nicht bis ans Lebensende hier Fluchthilfe machen. Wenn wir anfangen wollen, davon zu leben, müssen wir 'Ganoven' werden. So sah es doch aus.“

Marion Detjen zeichnet diese Entwicklung über drei Jahrzehnte in einer gut recherchierten und dokumentierten Darstellung (die sich übrigens auch auf Materialien von Uwe Johnson stützt) und in gutem Sinne sine ira et studio nach. Sie beläßt es aber nicht bei einer historischen Darstellung der Fluchthilfe, sondern geht stets auch den politischen, rechtlichen und ethischen Fragen nach. Die Details können hier unmöglich referiert werden. Daß sie dabei auch die andere Seite – die Kriminalisierung und Verfolgung der Fluchthilfe durch die DDR „vom Rufmord bis zum Mord“ – nicht vergißt, mag heute selbstverständlich sein. Indes belegt ihre Darstellung über die ambivalente Haltung westlicher Medien – von legitimer Kritik bis zu offener Diffamierung der Fluchthilfe –, daß dies nicht immer so war. So übertitelte der *Spiegel* 1978 einen Beitrag über den Fluchthelfer Kay Mierendorff in Anführungszeichen „Altes Schwein, wir knallen dich ab“ und setzte seine Gendarstellung einen Monat später ohne Anführungsstriche unter die Überschrift „Altes Schwein“. Da verläßt selbst Marion Detjen die Zurückhaltung, wenn sie

dies ganz ohne Anführungszeichen als Gipfel der Diffamierung bezeichnet. Mit Recht.

Hannes Schwenger

Schwan, Heribert/Heinrichs, Helgard: Das Spinnennetz. Stasi-Agenten im Westen: Die geheimen Akten der Rosenholz-Datei. München: Droemer und Knauer 2005, 320 Seiten, 12,95 Euro.

Der letzte DDR-Spionagechef Werner Großmann behauptete 2001 in seiner Autobiographie: „Das Auswärtige Amt ist von uns blendend besetzt“, und auch der Bundesnachrichtendienst sei für die HV A „gläsern“ gewesen. Großmanns mit allerlei Unwahrheiten durchsetztes Buch trägt den Titel „Bonn im Blick“. Einen gläsernen Bundesnachrichtendienst gab es für die HV A – soweit man das zur Zeit beurteilen kann – nicht, und auch was das Auswärtige Amt betrifft, sollte man sich von Großmanns vollmundigen Worten nicht täuschen lassen.

Wie es wirklich war und wie weit die Spione der HV A im Auswärtigen Amt gekommen sind, ist bei Heribert Schwan und Helgard Heinrichs nachzulesen. Insgesamt achtzehn MfS-Agenten waren im Auswärtigen Amt oder im institutionellen Umfeld dieses Ministeriums aktiv. Die Autoren haben mehrere repräsentative Fälle davon genauer unter die Lupe genommen, schildern die jeweiligen Agentenkarrieren und beschreiben die Motive für eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Dem Buch liegen jahrelange Recherchen von Heribert Schwan zugrunde, die sich auch in einer beeindruckenden ARD-Fernsehproduktion niedergeschlagen haben. Beeindruckend vor allem deswegen, weil sich darin die ehemalige Stasi-Agentin Lilli Pöttrich ausführlich zu ihrer vieljährigen Spionagetätigkeit im Auswärtigen Amt äußert. Ein derart offener und ehrlicher Umgang mit der persönlichen MfS-Verstrickung,

wie ihn Lilli Pöttrich wagt, war bislang äußerst selten anzutreffen. Es überwiegen bei weitem die ideologisch verbrämten Selbstrechtfertigungen oder gar aufgeblasene Heldengeschichten, die in der stereotypen Formel gipfelten, man habe mit seinen Verratshandlungen Schlimmstes verhütet und den Weltfrieden gerettet.

Gleich zwei der von Schwan und Heinrichs geschilderten Agentenkarrieren begannen an der Freien Universität Berlin. Klaus von Raussendorff (Jg. 1936) studierte dort ab dem Wintersemester 1956/57 Germanistik, Geschichte und Theaterwissenschaften. Seine schöngestigten Interessen und die antimilitaristische Propaganda der FDJ führten bei dem 21jährigen FU-Studenten aus verarmtem Adelshaus zu ersten Kontakten mit Gleichgesinnten in Ost-Berlin. Es dauerte nicht lange, bis Stasi-Werber auf den aufgeweckten jungen Mann aufmerksam wurden. Im September 1957 verpflichtete sich Raussendorff zur Zusammenarbeit mit der Stasi. Unter dem Decknamen „Brede“ berichtete der Karrierediplomat dem MfS in den späten sechziger Jahren über den Botschaftsdienst in fernen Ländern und ab 1973 direkt aus dem Referat 200 im Auswärtigen Amt. Aus dieser Dienststelle, die mit den politischen Fragen der europäischen Einigung befaßt war, beschaffte Raussendorff der HV A über 250 Grundsatzpapiere mit einem Gesamtumfang von fast 5 000 Seiten. Die elektronische Informationseingangsdatei der HV A (SIRA) weist von 1973 bis 1989 insgesamt 686 Informationseingänge aus, die auf Raussendorffs Konto gehen. Als die Bundesanwälte ihn im April 1990 in Untersuchungshaft nahmen, war dieses Ausmaß seines Verrats nicht bekannt. Die SIRA-Dateien wurden bekanntlich erst 1998 entschlüsselt. Raussendorff leugnete zunächst seine Spionagetätigkeit, gestand aber im Hauptverfahren und erhielt eine Frei-

heitsstrafe von sechs Jahren. Heute veröffentlicht er auf einer eigenen Internetseite kommunistische und antiamerikanische Bekenntnisse zu allen möglichen Fragen des aktuellen Zeitgeschehens.

Auch Hagen Blau (Jg. 1937) kam Mitte der fünfziger Jahre an die Freie Universität nach West-Berlin. Er studierte dort Ethnologie, Soziologie und Politische Wissenschaft. Blau trat dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) bei und engagierte sich bei den Jungsozialisten in der SPD. Das MfS nutzte einen gemeinsamen Gesprächskreis von „Linken“ aus West- und Ost-Berlin, um einen Erstkontakt zu dem Jungsozialisten herzustellen, der Konrad Adenauers Politik der Westbindung vehement ablehnte. Hagen Blau verpflichtete sich 1959 zur Zusammenarbeit mit der DDR-Spionage und berichtete zunächst über Interna und Personen aus der West-Berliner SPD. Als 1961 seine Bewerbung in den Auswärtigen Dienst positiv beschieden wurde, war die Freude darüber bei seinem Führungsoffizier noch größer als bei ihm selbst. Im Auswärtigen Amt arbeitete Blau später zeitweise als persönlicher Referent des deutschen Botschafters in London, Karl Günter von Hase, und dann im politischen Referat der Vertretung. Von dort beschaffte er dem MfS unter anderem Informationen über Differenzen zwischen der britischen und der westdeutschen Regierung während der KSZE-Konferenz in Helsinki. Später übernahm Blau die Leitung der politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Tokio, arbeitete danach in die Presseabteilung der Wiener Botschaft und in den achtziger Jahren als stellvertretender Referatsleiter mit Zuständigkeit für Ostasien im Bonner Auswärtigen Amt. Während Blaus Londoner Amtszeit wollte sogar Markus Wolf einmal den Topspion im auswärtigen Dienst kennenlernen. Es kam zu einem Treffen in einem geheimen MfS-Objekt bei Ost-Berlin. Wolf sprach Ha-

gen Blau dort seinen Dank dafür aus, daß er dem MfS im Vorfeld und während der Verhandlungen über die Ostverträge wichtige Informationen geliefert hatte, die zur Entscheidungsfindung des SED-Politbüros beigetragen hatten. Die SIRA-Datei der HV A weist von 1973 bis 1990 insgesamt 1 564 Informationseingänge aus, die auf Blau alias IM „Merten“ zurückgeführt wurden. Auch Hagen Blau wurde im April 1990 festgenommen und ebenso wie Klaus von Raussendorff wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in Tateinheit mit Bestechlichkeit zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Blau, der heute in Tokio lebt, ist immer noch stolz darauf, durch seine Zusammenarbeit mit der Stasi, wie er meint, „dem Erhalt des Friedens auf deutschem Boden“ gedient zu haben.

Mit dem Mauerbau verlor die DDR unter den akademischen Freunden des sozialistischen Gesellschaftsmodells in Westdeutschland rapide an Reputation. Damit schwand auch die Rekrutierungsbasis für Spione aus Überzeugung. Zudem mußten sich nicht nur normale DDR-Bürger, sondern auch – allerdings aus ganz anderen Gründen – die Führungsoffiziere der HV A erst einmal auf den Verlust der offenen Grenze mental einstellen. Denn auch für sie war der Weg nach Westen von nun an mit Problemen gepflastert. Das änderte sich erst, als sich Teile der 68er Bewegung dem DDR-Sozialismus öffneten oder sich sogar zu Propagandisten des SED-Regimes in Westdeutschland mauserten.

In den frühen siebziger Jahren fuhr die HV A die Ernte dieses Wandels ein, indem sie die Besten der verblendeten Nachwuchsakademiker als „Perspektiv-IM“ anwarb. Lilli Pöttrich (Jg. 1954) zum Beispiel, die als Jurastudentin 1973 in Frankfurt dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) beitrug und 1975 während eines von der FDJ organisierten Sommerlagers in der DDR dem MfS

auffiel. Die junge Frau verpflichtete sich 1976 zur Zusammenarbeit mit der Stasi und hielt dem MfS bis 1990 die Treue. In den achtziger Jahren lieferte sie ihm unter anderem Informationen aus dem für internationale Wirtschafts- und Währungspolitik zuständigen Referat des Auswärtigen Amtes; nach einem zwischenzeitlichen Aufenthalt in Dhaka (Bangladesch) wurde sie Ende 1988 stellvertretende Leiterin des COCOM-Referates an der deutschen Botschaft in Paris. Für die HV A war das ein Traumjob. Doch knapp ein Jahr später war der Traum aus. Lilli Pöttrich arbeitete nach dem Ende der DDR weiter im Auswärtigen Amt. Ihre Spionagetätigkeit als IM „Angelika“ blieb den Ermittlungsbehörden zunächst verborgen. Doch just als 1993 ihre Berufung zur Generalkonsulin in Rumänien anstand, erhielten BKA-Ermittler von der CIA die Genehmigung zur Einsichtnahme in die „Rosenholz“-Kartei. Am 28. April 1994 verurteilte das Düsseldorfer Oberlandesgericht Lilli Pöttrich zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung und zu einer Geldstrafe in Höhe von 13 000 DM.

Heribert Schwan und Helgard Heinrichs untersuchen ein Stück deutscher Diplomatengeschichte, wie man sie so bislang noch nicht kannte. Vom Auswärtigen Amt erhielten sie keine Unterstützung — für den Dokumentarfilm am alten Bonner Sitz nicht einmal Dreherlaubnis —, von einer anderen Behörde, der Birtler-Behörde, dafür aber um so mehr. Freilich kam von dort auch die schärfste Kritik. Helmut Müller-Enbergs, Mitarbeiter der Wissenschaftsabteilung im Hause Birtler, meinte ausgerechnet im *Neuen Deutschland*, „das Buch segelt unter ‚Fremder Flagge‘. Die Leser werden getäuscht und enttäuscht.“ Müller-Enbergs glaubt, alles was im Buch steht, hätte auch ohne die „Rosenholz“-Kartei geschrieben werden können. Das stimmt nicht, denn ohne „Rosenholz“ wäre Lilli Pöttrich noch heute im diplomatischen

Dienst und andere Spione im Diplomatentkleid gar nicht bekannt. Da hat wohl der Neid dem Behördenmann die Feder geführt. Müller-Enbergs eigenes, lange angekündigtes Buch über die HV A-Kartei ist nämlich noch immer nicht erschienen. Wenn es denn irgendwann kommt, kann man nur hoffen, daß es wenigstens halb so gut und lesbar ausfällt wie *Das Spinnennetz*. Das wäre nämlich schon sehr viel für eine solche Behördendrucksache.

Jochen Stadt

Kirsten, Holm: Das sowjetische Speziallager Nr. 4 Landsberg/Warthe. Hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Göttingen: Wallstein Verlag 2005, 159 Seiten, 18 Euro.

Morsch, Günter/Reich, Ines (Hrsg.): Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen (1945-1950). Katalog der Ausstellung in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen Berlin: Metropol Verlag 2005 (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; 14), 504 Seiten, 24 Euro.

„Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953. Hrsg. von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke u.a. im Auftrag von Memorial International, Moskau, Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin. Berlin: Metropol Verlag 2005, 400 Seiten, 22 Euro.

Schnell, Gabriele: Das „Lindenhotel“. Berichte aus dem Potsdamer Geheimdienstgefängnis. Berlin: Ch. Links Verlag 2005, 160 Seiten, 12,90 Euro.

Alle vier Publikationen beschäftigen sich mit der Repressionspraxis der sowjetischen Besatzungsmacht und der

DDR-Staatssicherheit, mit dem Schicksal von Verhafteten und Gefangenen-Gruppen sowie mit der Historie verschiedener Gewahrsamsorte.

Holm Kirsten versucht in seinem Forschungsbericht die Geschichte des Speziallagers Nr. 4 in Landsberg an der Warthe (heute: Gorzów Wielkopolski) zu rekonstruieren. Da der sowjetische Aktenbestand über das Lager als verschollen gilt, konnte sich der Autor in seinen Ausführungen nur auf die Erinnerungen von Zeitzeugen und einige wenige überlieferte russischsprachige Dokumente aus der Abteilung Speziallager (Transportprotokolle, Verlegungsbefehle, Sanitätsberichte) stützen. Ungeachtet dieser prekären Quellenbasis legte er zum ersten Mal eine Veröffentlichung über einen sowjetischen Internierungsstandort jenseits der Oder-Neiße-Linie vor, die fundiert ist und wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird.

Bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee in Landsberg am 30. Januar 1945 entstand auf dem Gelände der ehemaligen General-von-Strantz-Kaserne, die ursprünglich für die Belegung mit rund 1 000 Soldaten konzipiert war, eine Sammelstelle für deutsche Zivilisten – sogenannte Mobilisierte. Diese wurden bis Ende März zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion abtransportiert. Im Zuge der Ausführung des berüchtigten Berija-Befehls Nr. 00315 zur „Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen von feindlichen Elementen“ richtete das NKWD im Mai 1945 an gleicher Stelle ein Speziallager ein, welches die Ordnungsnummer 4 erhielt. Mehr als drei Viertel der etwa 13 000 Insassen stammten aus dem Großraum Berlin und aus Brandenburg. Sie wurden von den Konvoitruppen bis Ende Juli direkt aus Berliner Gefängnissen sowie aus den Lagern Weesow und Frankfurt an der Oder nach Landsberg gebracht. Anfang November 1945 trafen weitere 2 000 Gefangene aus dem in

Auflösung befindlichen Speziallager Nr. 2 in Posen (heute: Poznań) ein.

Abgesehen von einer gewissen Häufung prominenter Persönlichkeiten vor allem aus den Bereichen Industrie und Banken (zum Beispiel Karl Ritter von Halt, Karl Christian Rudolf Frommknecht), die allerdings prozentual kaum ins Gewicht fällt, bestand der größte Teil der Internierten aus kleinen NSDAP-Funktionären, wie Block- und Zellenleitern, Verwaltungsangestellten und Polizeibeamten. In geringer Zahl waren auch Ortsgruppenleiter, Bauernführer, Angehörige der SA und SS sowie Mitarbeiter der Gestapo und des SD vertreten. Jugendliche zwischen zwölf und siebzehn Jahren stellten etwa ein Prozent der Gesamtbelegung. Mindestens 2 500 Personen hatten das Glück, bis Ende 1945 wieder aus Landsberg entlassen zu werden.

In der gleichen Größenordnung bewegt sich die Zahl der Toten, die der mangelhaften Versorgung, den katastrophalen hygienischen Bedingungen und ausbrechenden Infektionskrankheiten zum Opfer fielen. Lediglich 86 der im Speziallager Nr. 4 Verstorbenen sind bisher namentlich bekannt. Anfang 1946 erfolgte die Auflösung des Lagers. In diesem Zusammenhang wurden im Januar 5 690 Internierte nach Buchenwald und im März ein Restkommando bestehend aus 211 Männern und Frauen nach Torgau verlegt. Seine Studie ergänzt Kirsten mit ausgewählten Häftlingsbiographien, Karten, Fotografien, Tabellen und Dokumenten. Mit den offerierten Fakten belegt der Autor nachdrücklich, daß zwischen den Speziallagern in der sowjetische Besatzungszone und denen auf neupolnischem Gebiet quantitative bemerkenswerte Gefangenenbewegungen stattfanden und die entsprechenden Hafteinrichtungen ungeachtet der von den alliierten Siegermächten vorgenommenen Grenzziehung als einheitlicher Komplex zu betrachten sind.

Am 9. Dezember 2001 wurde auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen das Museum zur Geschichte des Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 in den Jahren 1945 bis 1950 eröffnet. Damit erinnert nach zehnjährigen Bemühungen eine historisch-wissenschaftliche Ausstellung an das Schicksal von 60 000 Gefangenen in der weitaus größten sowjetischen Gewahrsamseinrichtung auf deutschem Boden. Sie zeugt gleichzeitig von einer intensiven Sammlungs- und Forschungstätigkeit, in die – wenn auch nicht ohne heftige Kontroversen – die Zeitzeugen immer einbezogen waren und sind. Der lange erwartete und nun schließlich vorliegende Katalog dokumentiert die etwa siebenhundert Objekte der Ausstellung, die zahlreichen russischen und deutschen Dokumente ebenso wie die überraschende Vielfalt der Artefakte. Die vorgestellten schriftlichen und gegenständlichen Quellen dürften wegen ihrer Aussagekraft auch für Fachhistoriker von großem Interesse sein. Dem zweisprachigen (deutsch und englisch) angelegten und sparsam illustrierten Band, den Wolfram von Scheliha redaktionell bearbeitet hat, sind ein kurzes Vorwort von Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, und fünf Grußworte, die anlässlich der Museumseröffnung gehalten wurden, vorangestellt.

Abschnitt A des Katalogs ist dem Aufbau des Lagers und dessen Einordnung in die sowjetische Internierungs- und Geheimdienstpolitik im Nachkriegsdeutschland gewidmet. Dargestellt wird hier auch der erste Standort des Speziallagers Nr. 7 in Weesow bei Werneuchen (Mai bis August 1945) und die Tätigkeit der sowjetischen Lagerverwaltung. Die einmaligen Exponate, die den letztgenannten Schwerpunkt vorwiegend illustrieren, stammen aus dem Nachlaß des Lagerkommandanten Alexei Kostjuchin. Die Gewahrsamseinrichtung in Sachsenhausen war gleichzeitig Internie-

rungs-, Straf-, Filtration- und Kriegsgefangenenlager sowie Ausgangspunkt für Deportationen in das GULag-System. Ein Ausdruck für diese Multifunktionalität sind unter anderem die unterschiedlichen Häftlingsgruppen (Verhaftete nach NKWD-Befehl Nr. 00315, durch Militärtribunale Verurteilte, Wehrmachtsoffiziere, russische Emigranten und Bürger der Sowjetunion sowie Patienten des Spezhospitals Nr. 3577).

Dementsprechend werden im Abschnitt B – er nimmt in der Ausstellung den „weitaus größten Raum“ ein – exemplarisch 28 Häftlingsbiographien vorgestellt. Sie stehen gleichzeitig für die Vielfalt und Komplexität der Gründe, die zur Inhaftierung durch sowjetische Geheimdienste und zur Einlieferung nach Sachsenhausen führen konnten. Abschnitt C beschäftigt sich ausführlich mit den einzelnen Facetten der Lagerrealität. Insbesondere hier kommt die reiche Erfahrungswelt der ehemaligen Häftlinge zum Tragen. Selbstgefertigte Gegenstände zeugen vom täglichen Existenzkampf, aber auch vom Lebensmut und der Kreativität vieler Lagerinsassen. Besonders eindrucksvoll sind die Exponate, mit denen das Thema Sterben und Tod dargestellt wird. Mit etwa 12 000 verhungerten, erfrorenen und an ansteckenden Krankheiten gestorbenen Menschen erreichte die Todesrate im Speziallager Nr. 7/Nr. 1 ein ähnliches Ausmaß wie zuvor im nationalsozialistischen KZ Sachsenhausen. Bisher konnte von der Gedenkstätte in einem gemeinsamen Totenbuch-Projekt mit dem Suchdienst des DRK über 11 000 Opfernamentlich erfaßt werden. Abschnitt D befaßt sich mit dem historischen und aktuellen Diskurs über die sowjetischen Speziallager in der Öffentlichkeit. Hier geht es unter anderem um die Schuld oder Unschuld der Lagerinsassen, um die Fragen nach Besatzungswillkür und zielgerichteter politischer Verfolgung, um die Haltung zu den Lagern in Ost-

und Westdeutschland und um den Mißbrauch dieser Einrichtungen in der Argumentation von Rechtsradikalen und Revisionisten.

Der abschließende Abschnitt E erläutert schließlich die Nutzung der sogenannten Steinbaracken. Diese Gebäude gehörten zur Zone II des Speziallagers, in der von sowjetischen Militärgerichten verurteilte Personen untergebracht waren. In zwei Baracken stellte die Gedenkstätte die Raumstruktur von 1946 nach Originalplänen und Zeitzeugenberichten wieder her. Dort befindet sich heute eine Dokumentation über die Geschichte des Ortes von 1944 bis 1990 und über den Alltag der Speziallagerhäftlinge. Der Anhang enthält Pressereaktionen anlässlich der Eröffnung des Lagermuseums und ein Personenregister. Letzterer erleichtert enorm die Nutzung des voluminösen Katalogs.

Laut jahrelangen Recherchen der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial International wurden von April 1950 bis Ende 1953 in Moskau 1 438 Menschen durch Erschießen hingerichtet, die zuvor von unterschiedlichen sowjetischen Militärgerichten in Geheimprozessen zur Höchststrafe verurteilt worden waren. Fast eintausend von ihnen waren deutsche Staatsangehörige. Die Asche der verbrannten Leichname ließ der sowjetische Geheimdienst (MGB) in einem anonymen Massengrab auf dem Friedhof Donskoje verscharren.

Ein von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziertes deutsch-russisches Forschungsprojekt legte nun eine Dokumentation mit biographischen Angaben von 927 identifizierten deutschen Exekutionsopfern vor. Viele der betroffenen Familien erhielten durch dieses verdienstvolle Buch endlich traurige Gewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Es gibt Antworten auf jahrzehntelang bewegende Fragen: Welche Gründe und Hintergründe gab es für die vielen Verhaftungen? Warum ver-

schwanden die Menschen spurlos? Wann und wo endete ihr Leben?

Dem biographischen Teil der Ausarbeitung sind drei erläuternde Einführungstexte vorangestellt. Der Beitrag von Andreas Hilger und Nikita Petrow gibt einen kurzen Einblick über die Praxis der sowjetischen Geheimdienst- und Justizorgane in der SBZ/DDR. Sie verweisen ausdrücklich darauf, daß die Untersuchungsverfahren durch das MGB und die Verhandlungsführung der Tribunale in keinem Fall rechtsstaatlichen Ansprüchen entsprachen. Nach ihren Angaben wurden allein 777 der Todesurteile in den Jahren 1951 und 1952 vollstreckt. Gerade in dieser Zeit verschärfte sich der Konfrontationskurs zwischen den beiden Supermächte USA und Sowjetunion, welche sich im besetzten Deutschland als unversöhnliche Feinde gegenüber standen. Unter Berücksichtigung dieses historischen Kontextes wird klar, warum bei 95 Prozent der ermittelten Todesurteile der Strafrechtsartikel 58-6 (Spionage) die ausschlaggebende Rolle spielte.

Der Memorial-Leiter Arsenij Roginskij rekonstruiert den letzten Weg der Todeskandidaten von der Ablehnung des Gnadengesuches bis hin zur Vollstreckung des Urteils im Moskauer Butyrka-Gefängnis und die Beseitigung der Leichname. Nicht genau nachvollziehbar ist bis heute das Verfahren und die Entscheidungsfindung bei den wenigen Begnadigungen – nur acht bis zehn Prozent der eingereichten Gesuche. So wurde zum Beispiel bei den Kurieren des SPD-Ostbüros Heinz Kühne – im Text G. Kühn – und Karl-Heinz Schmiedl die Todesstrafe durch zwanzig Jahre Lagerhaft ersetzt, weil sie ähnlich wie Wilhelm Lorenz durch ihre ausführlichen Aussagen im zentralen MGB-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen wichtige Informationen für eine Pressekampagne und die massenhafte Verfolgung ehemaliger So-

zialdemokraten in Ostdeutschland lieferten.

Jörg Rudolph beschreibt in seiner Abhandlung zunächst das geheimdienstliche Vorgehen bei den Verhaftungen und die vergeblichen Bemühungen der Familien, Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten. In einem weiteren Abschnitt befaßt er sich ausführlich mit den Quellen in deutschen und russischen Archiven, durch deren mitunter erstmalige Auswertung der letzte Lebensabschnitt der Vermißten erst rekonstruiert werden konnte. Nach Feststellung des Autors führte entgegen der bisherigen Annahmen in der übergroßen Mehrzahl der Fälle das MfS die Festnahmen und die ersten Vernehmungen durch. Mit der Übergabe der durch ihre Ermittlungen als Spione qualifizierten Personen an den MGB verletzte die Staatssicherheit hinsichtlich der DDR-Bürger vielhundertfach das im Artikel 10 der Verfassung des ostdeutschen Teilstaates verbriefte Recht auf Auslieferungsschutz. Die im Hauptteil der Publikation aufgelisteten Kurzbiographien belegen, daß unter den hingerichteten Frauen und Männern alle Bevölkerungsteile und -schichten vertreten waren. Die Opfer, denen zumeist ein Foto aus der Untersuchungsakte oder aus Familienbesitz zugeordnet werden konnte, kamen aus den unterschiedlichsten Berufsständen und fast allen Altersgruppen. Sie hatten heterogene politische Ansichten und Weltanschauungen. Einem verhältnismäßig großen Verhaftungsrisiko waren offensichtlich Eisenbahner, Angehörige der Kasernierten Volkspolizei und Zivilbeschäftigte an sowjetischen Militärstandorten ausgesetzt. Allein 42 Betroffene waren im Uranbergbau bei der Sowjetischen Aktiengesellschaft „Wismut“ beschäftigt.

Nicht verwunderlich ist, daß sich der Geheimdienstterror insbesondere gegen politisch engagierte Menschen richtete. Unter den Toten befinden sich 71 Mit-

glieder der LDP, 37 Christdemokraten und 194 SED-Mitglieder. Relativ viele in Moskau exekutierte Deutsche, insgesamt 179, kamen aus einem damaligen Zentrum des Kalten Krieges, der Frontstadt Berlin. Davon hatten 131 ihren Wohnsitz im Westteil der Stadt. Das MfS ließ sie nach längerer Vorbereitung von Spezialkommandos entführen oder bei Besuchsreisen in der DDR festnehmen. Das gleiche Schicksal erlitt eine Reihe von Bundesbürgern. Überproportional vertreten sind gleichfalls Jugendliche, Schüler und Studenten, die zwischen 1925 und 1933 geboren wurden. Dieser Opfergruppe gehören 288 Personen an. Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang, daß durch die Hinrichtungen etwa 851 Kinder mindestens ein Elternteil verloren. Ihnen widmete der Regisseur Peter Grimm den Dokumentarfilm „Die Kinder der Erschossenen“. Unbestimmt bleibt die Zahl der Personen, die in Ostdeutschland durch einen unglücklichen Zufall in die Fänge der kommunistischen Geheimdienste gerieten oder völlig unschuldig waren.

Die Mehrheit der in Moskau Getöteten gehörte jedoch zu den aktiven Gegnern der sowjetischen Besatzung und des SED-Regimes. Ihre Kurzbiographien vermitteln einen bleibenden Eindruck davon, wie breit gefächert der politisch motivierte Widerstand in Form von Spionage und Untergrundtätigkeit Anfang der fünfziger Jahre in der DDR wirklich war. Darüber hinaus enthält die Dokumentation wichtige Hinweise auf die damaligen Standorte des MGB und die dazugehörigen Untersuchungsgefängnisse. Verwirrend sind allerdings die differierenden Bezeichnungen für identische Örtlichkeiten. So gibt es zum Beispiel für die beiden bekannten Hafteinrichtungen in der Potsdamer Leistikow- und Lindenstraße über neun unterschiedliche Benennungsvarianten.

Im Anhang haben die Herausgeber eine Namensliste mit Geburts- und Todesdaten von 91 Personen aufgenommen, die aus dem sowjetisch besetzten Teil Österreichs stammen. Auch sie wurden in Moskau hingerichtet und dort eingäschert. Das vorgelegte Aufarbeitungs- und Gedenkbuch ist noch unvollständig. Einer zweiten Auflage ist zu wünschen, daß sie bei den Biographien die noch vorhandenen Datenlücken schließt und weitere Tote dem Vergessen entreißt.

Eine der Zentralen, in denen die sowjetischen Geheimdienste NKWD und MGB ihre Gefangenen verhörten und quälten, befand sich ab Sommer 1945 in der Brandenburgischen Landeshauptstadt. Das Gebäude in der Lindenstraße 54 kann auf eine fast achtzigjährige Tradition als Haftanstalt verweisen. Im August 1952 wurde es von den „Freunden“ an das MfS übergeben. Der Volksmund karikierte diesen unfreiwilligen Unterkunftsort als „Das Lindenhotel“. Diese sarkastische Bezeichnung wählte die Publizistin Gabriele Schnell auch als Titel für ihren Band mit Häftlingsberichten. Dabei handelt es sich um die Teilveröffentlichung eines Forschungsberichts (336 Seiten), in dem die Autorin und der Politologe Hans-Hermann Hertle im Auftrag der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“, des Potsdam-Museums und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. die Häftlingskartei der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS für den Zeitraum von 1951 bis 1989 einer eingehenden Analyse unterziehen. Für ihr Buch überarbeitete und komprimierte Schnell die Interviews mit zwei Frauen und neun Männern. In Abweichung vom erwähnten Forschungsbericht wurden in dem Band zusätzlich Selbstdarstellungen von zwei SMT-Verurteilten aufgenommen. Alle Untersuchungsgefangene waren zwischen 1946 und 1985 mehrere Monate unfreiwillige Gäste im „Lindenhotel“.

Ihre Berichte geben schwerpunktmäßig Auskunft über die Umstände ihrer Festnahme, die Haftbedingungen im „Lindenhotel“, das Procedere der Verurteilung sowie über den darauf folgenden Lager- und Zuchthausaufenthalt. Gleichzeitig stehen sie exemplarisch für verschiedene Beschuldigungs- bzw. Repressionskomplexe, die von den Geheimdienst- und Justizorganen in der SBZ/DDR als Spionage, Boykott- und Kriegshetze, Verbindung zu verbrecherischen Organisationen, staatsgefährdende Propaganda und Hetze, landesverräterische Nachrichtenübermittlung oder Republikflucht qualifiziert wurden. Fast allen Darstellungen der ehemaligen Betroffenen sind Auszüge aus MfS-Unterlagen angefügt. Der zweite Teil – leider ohne Fotos und Abbildungen – besteht aus einer kurzen, aber informativen Studie von Hertle und Schnell. Sie gibt die wesentlichen Ergebnisse des internen Forschungsberichts wieder und liefert weitere Informationen über den Untersuchungshaftort, über Verfolgungsstrukturen sowie über die Phasen der politischen Verfolgung in der DDR.

In Anbetracht der thematisierten historischen Geschehnisse, die immer mehr aus dem individuellen und gesellschaftlichen Bewußtsein verdrängt werden, und der beeindruckend sensibilisierenden biographischen Komponente ist den vorgestellten Büchern eine große Leserschaft zu wünschen.

Peter Erler

Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005, 448 Seiten, 29,90 Euro.

Täter? Die waren immer woanders. Jenseits der Grenze. Im Westen. In diesem Bewußtsein wuchsen Generationen von DDR-Bürgern auf. Keine braune Ver-

gangenheit trübte das Verhältnis zu den Altvorderen. Väter, Onkel, Opas mit brauner Vergangenheit, gar Blut an den Händen? Unvorstellbar! Das Volk östlich der Elbe war per Staatszugehörigkeit von den Verbrechen des „Dritten Reiches“ exkulpiert. An der Illusion des antifaschistischen Musterlandes arbeitete der Ideologieapparat des SED-Staates mit nimmermüdem Eifer und mit Erfolg. Antifaschismus als das Erziehungsideal und omnipräsenter Erziehungsinhalt.

In den Spitzen von Partei, Staat und Regierung saßen Kommunisten, Antifaschisten. Als solche ehemalige Opfer der NS-Diktatur, anerkannte „Kämpfer gegen den Faschismus“ und allein schon deswegen achtbar, Ehrfurcht gebietend, unangreifbar, sakrosankt. Mit ihrer ökonomisch fixierten Faschismus-Definition konnte die DDR-Propaganda die Ursachen für den Erfolg der NS-Bewegung weitgehend den Inspiratoren und Nutznießern in Kreisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems anlasten. Jene einfachen Deutschen, die millionenfach Hitler gewählt, ihm zugejubelt hatten und fanatisiert in den Krieg gegen die ganze Welt gezogen waren, waren aber immer noch da, in beiden Deutschländern. Und nicht wenige hatten sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht. Die Mörder waren unter uns. Für die DDR höchst lästiger und peinlicher Ballast im Propagandakampf gegen den Hauptfeind BRD. Sie hatte wichtigeres zu tun. In unzähligen Publikationen, Pressekonferenzen, Berichten und Filmen prangerte die SED in allen Tonarten personelle Kontinuitäten zum „Dritten Reich“ an, die im westlichen Deutschland bestanden. Zu Recht? Sicher, sofern es sich um Tatsachen handelte, was zu oft und leider der Fall war. Insofern beförderte die DDR das kritische Fragen und den Aufarbeitungsprozeß in der Bundesrepublik.

Doch daß es das erste und oberste Ziel der SED gewesen wäre, endlich die Schuldigen einer Bestrafung zuzufüh-

ren, daran ist – mit dem vorliegenden Buch erneut – zu zweifeln. Wie auf fast allen anderen Feldern, so scheiterte die DDR auch auf diesem und an ihrem selbstpostulierten Anspruch. Das zeigt der Umgang mit dem eigenen, sorgsam verborgenen, braunen Erbe. Nicht, was ja nahe gelegen hätte, der unbedingte Aufklärungswille bestimmte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern ein von der jeweils aktuellen politischen Taktik inspirierter Pragmatismus, der jenseits aller moralischen Erwägungen agierte.

Opportun war alles, was der SED-Linie von Nutzen war. Daß in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit Ermittlungen in NS-Fällen führte, war nur folgerichtig. Es pervertierte den nach außen zur Schau getragenen Anspruch vollends. Wie sollte auch in einem antifaschistischen Staat eine Art offizielle zentrale Ermittlungsstelle überhaupt notwendig sein? Als Geheimpolizei und Geheimdienst in einem konnte das MfS bestens dafür sorgen, die kompromittierenden braunen Restbestände entdeckungssicher zu betreuen und zu überwachen. Und mehr noch. Bei reuigen und zur Kollaboration (im Zuge der „Wiedergutmachung“), sprich zu Spitzeldiensten bereiten NS-Verdächtigen drückten die Sachwalter der staatlichen Sicherheit schon mal beide antifaschistischen Argusaugen zu. In einem Land, wo jedes hingekritzelte Hakenkreuz eine Untersuchung nach sich zog, führte das mitunter zu solch absurden Situationen, das ehemalige NS-Opfer in ihrer Funktion als hauptamtliche MfS-Mitarbeiter ehemalige NS-Verbrecher als Spitzel anheuerteten und vor juristischer Verfolgung bewahrten. Strafvereitelungen im Amt waren kein Einzelfall, wie Henry Leide in seiner Studie nachweist. Doch Täter im eigenen Machtbereich zu finden war eigentlich nicht beabsichtigt. Das MfS sollte vorrangig Munition für die Kampagnenkanonaden der SED lie-

fern. Enthüllendes Material aus der NS-Asservatenkammer gegen die Bonner Eliten. Gewissermaßen als Kollateralschaden förderte das auch die eine oder andere belastete Existenz im eigenen Land zutage. Unbescholtene Staatsbürger waren das, Amtsinhaber, brave Rentner, linientreue Genossen. Mit falschem Namen, frisierten Lebensläufen oder einfach ganz offen, weil ihnen niemand je die richtigen Fragen nach ihrer Vergangenheit gestellt hatte, lebten sie ihr Leben im sozialistischen Alltag. Das reichte von ehemaligen Gestapo-Spitzeln über KZ-Wachpersonal, Angehörige von SS-Einsatzgruppen bis hin zu Euthanasieärzten. Mitunter gab es Fälle, in denen sich Täter der drohenden westlichen Strafverfolgung mit einer Flucht in die DDR entzogen hatten. Was wohl kaum mehr zu beantworten sein wird, ist die Frage, ob sich die Riege der NS-verfolgten Veteranen an der SED-Spitze des wahren Ausmaßes der rot-braunen Mausehelei des MfS bewußt war.

Selbst für ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, die mit der Untersuchung von NS-Verbrechen befaßt waren, dürfte Henry Leides ernüchternde bis entsetzende Gesamtschau schwer verdaulich sein. Denn wo tatsächlich mit dem Ziel eines Prozesses ermittelt wurde, geschah das mit der gebotenen kriminalistischen Akribie. Nur erscheinen solche Erfolge unter einer rein primär partei-funktional verstandenen Moralität als reiner Gerechtigkeitsunfall. Oft ermittelte das MfS erst dann fieberhaft, wenn im Zuge von westdeutschen Prozessen der Aufenthalt von Tätern in der DDR bekannt wurde. Unter den Augen der (Welt-)Öffentlichkeit wurde dann hart gerichtet und bestraft. Unter den Augen der Staatssicherheit wurde gepfuscht und vertuscht, wie es gerade in den Kram paßte.

Das alles ist hochinteressant. Jeder Fall ungemein spannend. Wer jedoch lange vergeblich auf etwas gewartet hat, wie

auf dieses Buch, wurde irgendwann müde. Ein wichtiger Beitrag, der viel früher hätte kommen müssen und können. Schließlich hatte der Autor als Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR exklusive, oder präziser gesagt: privilegierte Zugangsbedingungen zu den NS-relevanten Hinterlassenschaften der Staatssicherheit. Es bleibt fraglich, ob es gerade diesem Thema angemessen war, daß sich ein einsamer „Einzelkämpfer“ ein Jahrzehnt lang (was wurde in dieser Zeit nicht alles dazu diskutiert!) allein durch die Aktenberge gearbeitet hat – für ein spätes Buch, ein wichtiges Buch.

Tobias Voigt

Krieger, Viktor: University of Heidelberg, Secret Criminal Proceedings Against the Last Volga German Government During the Years 1944-46. Lincoln, Nebraska: American Historical Society of Germans from Russia 2005 [Nicht veröffentlichte deutsche Fassung: Geheimprozeß gegen die letzte wolgadeutsche Regierung in den Jahren 1944-46], 45 Seiten, 11,50 Euro.

Anzuzeigen ist die Kurzfassung eines Teils der schon für das vergangene Jahr geplanten monographischen Veröffentlichung einer Studie über Deutsche in der Sowjetischen Arbeitsarmee (Trudovaja Armija). Auch die nun in Aussicht genommene Publikation einer Teilstudie „Rußlanddeutsche nach 1941 als Personen minderen Rechts: Verbannung, Germanophobie, Diskriminierung, Zwangsarbeitslager, geheimpolizeiliche Terrorisierung“ wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen.

So kann derzeit nur auf die von Freunden des Bearbeiters in Nebraska/USA besorgte Herausgabe der englischsprachigen Version von – im Rahmen der Studie gewonnenen – Ergebnissen der

Untersuchung des geheimen Verfahrens gegen Spitzenfunktionäre der Republik der Wolgadeutschen in den Jahren 1944 bis 1946 hingewiesen werden.

Mit einem Erlaß vom 28. August 1941, gut zwei Monate nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, hatte das Präsidium des Obersten Sowjets die Wolgadeutschen massiv beschuldigt: „Entsprechend glaubwürdigen Nachrichten, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolga-Rayons lebenden deutschen Bevölkerung Tausende und Zehntausende von Diversanten und Spionen, die nach einem aus Deutschland gegebenen Signal in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons Sprenganschläge verüben sollen.“

Damit wurde die pauschale Beschuldigung deutscher Reichsbürger als faschistische Spione in einem Artikel des *Journal de Moscou* vom 12. April 1938 nun auf die größte geschlossene Gruppe deutschstämmiger Sowjetbürger ausgedehnt. Ungeachtet einer überaus kläglichen Ausbeute an tatsächlichen Anhaltspunkten für „antisowjetische Schädlingarbeit“ in der Republik der Wolgadeutschen reichte die pauschale Beschuldigung als Basis für die Deportation annähernd von 800 000 Angehörigen der deutschen Minderheit in den Osten des Sowjetreiches aus. Anfang 1942 wurde für die Deportierten und andere Deutschstämmige eine neue GULag-Kategorie geschaffen: die arbeitsmobilisierten Deutschen, eine Mischung von Lagerhäftling und Militärbauarbeiter, rechtlich gegenüber den Arbeitern anderer Nationalität deutlich schlechter gestellt. Bis zum Juli 1944 wurden weit über 6 000 Arbeitsarmisten und andere unter dem Vorwurf von Sabotageakten – wie „absichtlicher Abmagerung“ – zu langjähriger Haft, über fünfhundert durch die „OSO“, die „Sonderberatung“, zum Tode verurteilt.

Für die führenden Funktionäre der Republik der Wolgadeutschen, die im Bogoslawsker Besserungs-Arbeitslager des NKWD ihre Zwangsarbeit ableisteten, gab es ein besonderes, geheim geführtes Verfahren: Alexander Heckmann, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, Abgeordneter im Obersten Sowjet und in den Sowjets der Russischen Republik und der Autonomen Republik der Wolgadeutschen, Heinrich Korbmacher, Friedrich Fritzler, Johannes Maier, Jakob Weilert, Wladimir Hergert und Robert Grosch, alle Parteisekretäre, Volkskommissare oder Abgeordnete, wurden seit April 1944 der Reihe nach verhaftet unter dem Vorwurf, an der Spitze einer antisowjetischen konterrevolutionären Organisation in der ehemaligen Republik der Wolgadeutschen gestanden zu haben. Die habe in Absprache mit der Wehrmacht hinter dem Rücken der Roten Armee einen Aufstand geplant.

Als einen der Gestapo-Agenten, die an den Planungen beteiligt gewesen seien, führten die Untersuchungsbeamten den Schriftsteller Hugo Huppert an. Der habe 1938 bei einem seiner Besuche in der Republik der Wolgadeutschen einen Brief der deutschen Führung mit Unterstützungszusagen an Alexander Heckmann übergeben. (Vielleicht ist diese Beschuldigung ein Teil der Erklärung für Hupperts Parteiausschluß im Mai 1949, nachdem er bis dahin in Wien für die *Österreichische Zeitung* der Roten Armee geschrieben hatte.)

Ihre unter Folterdrohung gemachten Geständnisse widerriefen die Beschuldigten aus der Untersuchungshaft in Swerdlowsk und wandten sich mit Eingaben an Michail I. Kalinin, das sowjetische Staatsoberhaupt, und an den Volkskommissar Lawrentij P. Berija. Da es, wie gewohnt, außer den erzwungenen Selbstbeichtigungen keine Beweise gegen die Beschuldigten gab, stockte das Verfahren. Im Juni 1945 übernahm es der Volkskommissar für Staatssicher-

heit. Auf noch härtere Art wurden erneut Geständnisse erpreßt. Jakob Weilert überlebte die Folterungen nicht. Er starb Ende September 1945.

Dann zog die Moskauer NKGB-Zentrale das Verfahren an sich. Es wurde aufgeteilt. Hergert und Grosch und zusätzlich der ehemalige Vertreter der Wolgadeutschen bei der Russischen Republik, Herbert Frank, wurden zu je fünf Jahren Lager verurteilt.

Gegen die übrigen Beschuldigten gab es im November 1945 noch einmal neue Ermittlungen beim NKGB-MGB der UdSSR. Diesmal kam es nicht mehr zu Folterungen der Beschuldigten. Eine gewisse Entspannung in der Behandlung Beschuldigter trat nach dem siegreichen Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ ein.

Ein weiteres Mal widerriefen die Beschuldigten Geständnisse; auch frühere Zeugen, die Beschuldigungen ausgesprochen hatten, zogen ihre Aussagen zurück. Schließlich blieb gegen die Beschuldigten Korbmacher, Heckmann, Fritzler und Maier nur noch der Vorwurf der antisowjetischen Agitation, der ihnen im August 1946 eine vierjährige Freiheitsstrafe, verhängt vom Sonderkollegium beim Innenminister, einbrachte. Schon 1955, also noch vor dem XX. Parteitag, kam es aufgrund einer Eingabe des ehemaligen Häftlings Iwan Becker zu einer Überprüfung des Falles. Im Juni 1956 wurde das Urteil gegen Hergert, Grosch und andere aufgehoben, weil der Tatbestand eines Verbrechens fehlte.

Im März 1959 folgte die Rehabilitierung von Heckmann, Maier, Korbmacher und Fritzler: Sie hätten nur ihre Unzufriedenheit mit der Übersiedlung der Wolgadeutschen geäußert, sich aber keiner antisowjetischen Agitation schuldig gemacht.

Etliche beteiligte Untersuchungsbeamte wurden ihrerseits verurteilt, mehrere von

ihnen hingerichtet. Die Rehabilitierung der verurteilten wolgadeutschen Funktionäre wurde aber keineswegs begleitet von einer Aufhebung der Erlasse, mit denen die Wolgadeutschen 1941 beschuldigt worden waren. Der hohe Mobilisierungseffekt der antideutschen Ressentiments stand dem wohl entgegen. „Deutsch“ und „faschistisch“ – das war in der Sowjetunion zu einem Synonym geworden. „Germanophobie“ war als Stabilisierungsmittel in der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft eingesetzt worden.

Zwar hob im August 1964 der Oberste Sowjet die Anschuldigungen gegen die Wolgadeutschen auf, sie hätten Hitlerdeutschland unterstützt. Zunächst geschah das geheim, dann nach Protesten schließlich auch öffentlich. Aber es blieb bei der Liquidierung der Republik der Wolgadeutschen, Entschädigung für die Deportierten gab es nicht.

Bei aller unüberhörbaren Sympathie für die Wolgadeutschen und allem Mitgefühl für ihre Leiden ist die Darstellung von Viktor Krieger, der zu ihnen gehört, von ruhiger Sachlichkeit. Bedauerlich ist die Veröffentlichung an so entlegener Stelle, daß nur wenige Zugang dazu finden werden. So ist zu hoffen, daß wenigstens die in Aussicht gestellte Veröffentlichung der Teilstudie über die Rußlanddeutschen in absehbarer Zeit zustande kommt. Wenn dort dann auch in der hier von Krieger praktizierten ruhigen und klaren Weise über Unrecht und Leid gesprochen wird, kann das nur zur Versöhnung jedenfalls der Nachkommen der Beteiligten beitragen. Eine Republik der Wolgadeutschen in Rußland wird es wohl nie wieder geben; dazu haben auch der Nationalsozialismus und dessen Aggression gegen die Sowjetunion beigetragen.

Dem Text von Viktor Krieger ist ein Bild der Gedenkstätte für 3 461 deutsche Zwangsarbeiter beigegeben, die in den Jahren 1941 bis 1946 im Lager Bogo-

slav gestorben sind. Es ist gut, daß sie nicht vergessen sind.

(beim Autor zu erwerben: www.viktorkrieger.de)

Wilhelm Mensing

Kinner, Klaus/ Reuter, Elke: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939). Berlin: Karl Dietz Verlag 2005, 320 Seiten, 19,90 Euro.

Klaus Kinner hatte im ersten Band dieses Werkes, *Die Weimarer Republik*, bei der Beurteilung des „Deutschen Oktober 1923“ festgestellt, daß sich die Unfähigkeit der KPD, die „Erfahrungen der Nachkriegszeit zu einer radikalen Kurskorrektur zu nutzen, [...] als schwere Hypothek auf die Zukunft des deutschen Kommunismus erweisen“ sollte. Im vorliegenden Band weisen die Autoren nach, daß die „dogmatische und sektiererische Linie“ des XII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) vom Herbst 1932 nach dem 30. Januar 1933 nicht korrigiert wurde und das XIII. Plenum (Dezember 1933) der KPD als „nächste Hauptaufgabe die unmittelbare Liquidierung des Masseneinflusses der SPD“ stellte. So entstand ein wachsender Gegensatz zwischen dem Kurs der Parteiführung und den „illegal kämpfenden Kommunisten im Lande“, wo es in verschiedenen Städten zu gemeinsam kämpfenden Gruppen von Kommunisten und Sozialdemokraten kam.

Eine Kurskorrektur erfolgte durch die faktische Übernahme der Führung der Komintern durch Dimitroff, der seit seiner Freisprechung im Leipziger „Reichstagsbrand-Prozeß“ hohes Ansehen genoß. Er hatte einen intensiven Kontakt zu Stalin, mit dessen Zustimmung er einige Punkte der bisherigen Linie relati-

vierte, aber nicht in Frage stellte. Im Politbüro der KPD bestanden im Jahre 1934 Differenzen zwischen der aus Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht bestehenden Minderheit und der von Hermann Schubert geführten Mehrheit, die den Einfluß der illegalen KPD in Deutschland maßlos überschätzte. Anfang 1935 wurde vom Politsekretariat des EKKI die Politik der Mehrheit als „Sektierertum“ verurteilt. Die Führung der KPD proklamierte daraufhin die „proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur“. Die Autoren bemängeln jedoch, daß die alten Vorstellungen von den Sozialdemokraten als Hauptfeind der Arbeiterklasse nach wie vor dominant blieben, obgleich man es für notwendig erachtete, mit ihnen aber unter den illegalen Bedingungen zusammenzuarbeiten. Der VII. Weltkongreß der Komintern (Juli/August 1935) tagte vor dem Hintergrund der Wahlsiege der spanischen und der französischen Volksfront (Februar und April 1935). Er war gekennzeichnet durch die Einsicht, daß die Kommunisten heute nicht „zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus“ zu wählen hätten (Dimitroff). Kinner und Reuter zählen zu den Widersprüchen dieses Kongresses, daß es nicht gelang, „sich von der Konzeption der Weltrevolution und der damit verbundenen Sicht auf den zwangsläufigen Niedergang des Kapitalismus zu verabschieden“. Auf der „Brüsseler Konferenz“ der KPD (Oktober 1935) bezeichnete Pieck die Unterschätzung der faschistischen Gefahr und die Geringschätzung der bürgerlichen Demokratie als Grundfehler und die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als „sozialfaschistisch“ auch nach der Errichtung der Hitler-Diktatur als falsch. Die Autoren kritisieren, daß der angekündigte Kampf um die Wiederherstellung bürgerlicher

Rechte eine von der jeweiligen Situation abhängige Position war und nicht aus der grundsätzlichen Erkenntnis resultierte, daß „der Kampf um Demokratie und Sozialismus zusammengehören“.

Das Denken der Führung der KPD war in den Jahren 1933 und 1934 von der Fiktion eines baldigen Volksaufstandes gegen die Nationalsozialisten beherrscht. Sie verlangte die aus der Weimarer Zeit übernommenen „konventionellen Kampfmethoden“, was einen „selbstmörderisch hohen Preis“ forderte. 1935 wurden von der Gestapo die noch bestehenden illegalen zentralen Strukturen der Partei (Apparat für Druck und Herausgabe von Parteiliteratur, Landesleitung) zerschlagen, die danach nicht wiederaufgebaut werden konnten. Gelegentlich kamen die im Ausland agierenden Parteiführer zu der bitteren Einsicht, daß der Kampf so gut wie verloren war.

Nach der „Brüsseler Konferenz“ wurden die Bezirks- und Unterbezirksleitungen abgeschafft. Die Genossen wurden von Instruktoren angeleitet, die von den sechs Abschnittsleitungen im Ausland entsandt wurden. Bis Oktober 1936 wurden von 36 ins „Land“ geschickten Parteifunktionären neunzehn verhaftet. Die Abschnittsleitung West (Sitz in Amsterdam, zuständig für Nordwestdeutschland und das Ruhrgebiet) besaß 1938 zwischen zwei- und dreihundert Kontaktpersonen. Über mehrere Monate verteilt, gelangten zwischen 179 und 343 Exemplare jeder Nummer der nur gelegentlich erscheinenden *Roten Fahne* nach Deutschland. Im März 1938 wurde schließlich im EKKI die KPD nicht mehr als eine „nennenswerte politische Kraft in Deutschland“ angesehen. Im Mai 1938, nach dem Anschluß Österreichs, beschloß das ZK der KPD in einer Resolution, „die in der Bevölkerung verbreitete Auffassung, daß Hitler alles könne, daß ihm alles gelinge, entschlossen zu bekämpfen“.

Ab Sommer 1935 bestand in Paris im sogenannten „Lutetia“-Kreis die Keimzelle einer deutschen Volksfront aus bürgerlichen Hitler-Gegnern, Sozialdemokraten und Kommunisten, deren Arbeitsausschuß von Heinrich Mann geleitet wurde, dessen Spiritus rector jedoch das kommunistische „Finanzgenie“ Willi Münzenberg war. Dieser Gesprächskreis konnte sich auf einige Aufrufe einigen. Bei der Bestimmung der nach dem Sturz Hitlers zu errichtenden Staatsform trat die KPD für eine „deutsche demokratische Republik“ ein, ohne weitergehende sozialistische Zielvorstellungen zu benennen. „Gleichzeitig verteidigte sie immer hysterischer die Repressionen und den Terror in der Sowjetunion und die internationale Trotzkistenverfolgung“, was die deutsche Volksfront im Jahre 1937 faktisch zum Erliegen brachte.

Nach dem Scheitern der Volksfront in Spanien und in Frankreich gab die „Berliner Konferenz“ der KPD (Januar/Februar 1939) das 1936 proklamierte Ziel einer Rückeroberung der bürgerlichen Demokratie als nächsten Schritt auf: In der „demokratischen Republik“ müsse die Arbeiterklasse die hegemoniale Rolle haben. Kinner und Reuter beenden ihr Buch mit der Darstellung der unkritischen Zustimmung der Führung der KPD zum Hitler-Stalin-Pakt und schließen mit den Worten: „Die Explosion des Antikommunismus im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 begrub die letzten Impulse der Volksfrontpolitik.“

Zu bemängeln ist, daß in diesem Buch die Situation der illegalen KPD in Deutschland nur am Rande erwähnt wird. Die Autoren richteten ihr Hauptaugenmerk auf die Beratungen und Beschlüsse der Spitzengremien der Komintern und der KPD sowie den Schriftwechsel führender Kommunisten und die Dimitroff-Tagebücher. Sie hätten

sich das Buch *Die KPD 1933-1945* von Horst Duhnke (Köln 1972) zum Vorbild nehmen sollen, das aufschlußreiche Zusammenstellungen über die operativen „Grenzstellen“ und die „Abschnittsleitungen“ mit den Namen ihrer Leiter, illegale Publikationsorgane und Gruppen in Berlin, beschlagnahmte illegale Schriften, Gerichtsverhandlungen gegen Kommunisten und Verhaftungen enthält.

Wer sich vom Leidensweg deutscher Kommunisten nach 1933 ein Bild machen will, muß auf das Biographische Handbuch *Deutsche Kommunisten* von Hermann Weber und Andreas Herbst zurückgreifen. Von den 1 400 darin vorgestellten Funktionären sind vierhundert gewaltsam ums Leben gekommen, 222 unter Hitler, 178 unter Stalin.

Otto Wenzel